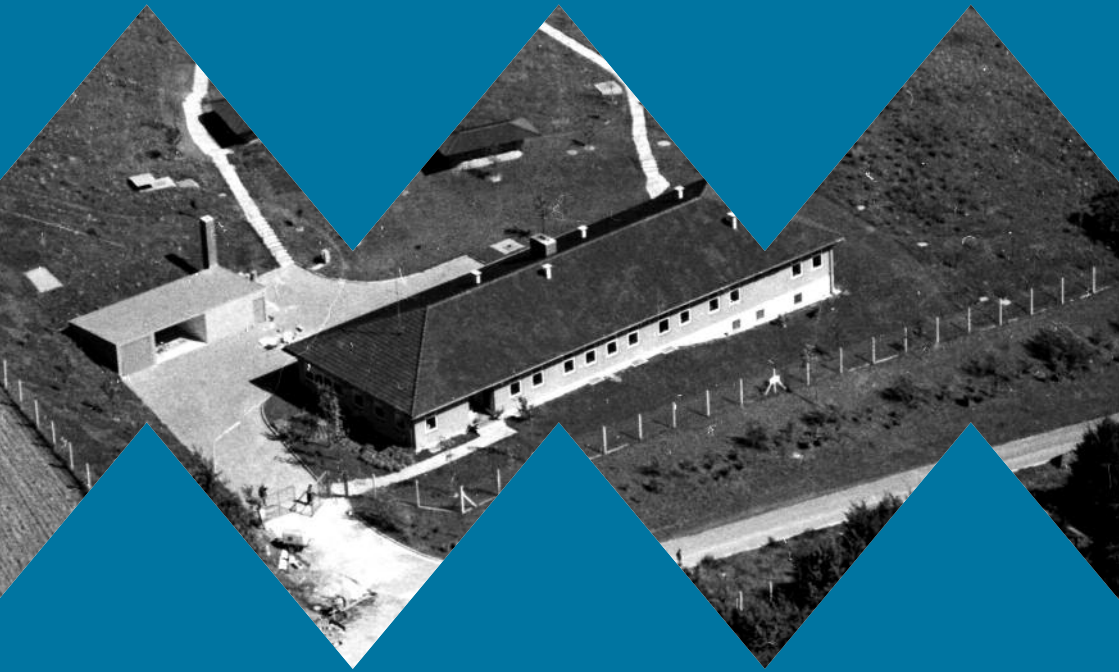


— ANDREAS SAUER M. A. —

Pfaffenhofener Stadtgeschichte(n)



KALTER KRIEG IN PFAFFENHOFEN
DIE GRUNDNETZSCHALT- UND VERMITTLUNGSSTELLE DER
BUNDESWEHR (GSVBW66) UND IHRE GESCHICHTE

AUSGABE NR. 14 · JUNI 2014



PFAFFENHOFEN A. D. ILM
Guter Boden für große Vorhaben

„Pfaffenhofener Stadtgeschichte(n)“ Nr. 14, Juni 2014

Herausgeber:
Stadt Pfaffenhofen a. d. Ilm
Hauptplatz 1
85276 Pfaffenhofen a. d. Ilm
Tel. 0 84 41/78-0
Fax 0 84 41/88 07
e-mail: rathaus@stadt-pfaffenhofen.de
Internet: www.pfaffenhofen.de

Autor:
Andreas Sauer M. A.

Satz, Bildbearbeitung und Druck:
Humbach & Nemazal Offsetdruck GmbH
Ingolstädter Straße 102
85276 Pfaffenhofen a. d. Ilm

Kalter Krieg in Pfaffenhofen
Die Grundnetzschalt- und Vermittlungsstelle
der Bundeswehr (GSVBw66) und ihre Geschichte

Inhaltsverzeichnis

Grußwort des Bürgermeisters	4
Einleitung	5
Der Beginn des „Kalten Krieges“ und seine Auswirkungen auf Deutschland	6
Zeitgeschichtlicher Hintergrund Die Situation in der Bundesrepublik und der Aufbau der Bundeswehr	
Der „Kalte Krieg“ kommt nach Pfaffenhofen: Die Stadt wird Standort einer „Grundnetzschalt- und Vermittlungsstelle“	8
Einbindung der Stadt in die Planungen zu einem schnellen Fernmeldesystem der Bundeswehr Vorbereitende Maßnahmen: Grundstücksverhandlungen zwischen Bundeswehr und Stadt Die Vertragskonditionen Vorsicht! Feind hört mit! Die Planungen werden überwacht Die Bauphase der Fernmeldestelle in Pfaffenhofen 1960 bis 1965	
Aussehen und Funktionsweise des Fernmeldebetriebsgebäudes	16
Allgemeine Bauvorgaben Die Konzeption der Anlage in Pfaffenhofen	
Die Arbeit in der Grundnetzschalt- und Vermittlungsstelle	22
Wilde Gerüchte kursieren um die Anlage Funktion der Bauten Personalauswahl und Personalstruktur in der GSVBw66	

Das unterirdische Fernmeldegebäude 25 und seine Besonderheiten

Hohe Sicherheitsstandards beim Bau

Maschine kommt vor Mensch: Harte Arbeitsbedingungen in der Fernmeldeanlage

Die Einteilung der unterirdischen Anlage

Die Hauptfunktionen: Fernsprech- und Fernschreibvermittlung zur militärischen Nachrichtenübertragung

Der Dekontaminierungsbereich

Umfassendes Filtersystem für saubere Luft: Grobsand- und Raumluftfilter

Sichere Stromversorgung auch im Notfall

Eigene Wasserversorgung

Hohe Sicherheit vor Angriffen

Schutz vor Detonationen und Erschütterungen

Schallschutz

Notausstiege

Tarnmaßnahmen

„Tauwetter“ zwischen West und Ost: 47

Der Übergang der Anlage an die Stadt Pfaffenhofen

Die Änderung der weltpolitischen Lage und das Ende des „Kalten Krieges“

Der Erbbaurechtsvertrag von 1962 wird gekündigt

Ablöseverhandlungen mit der Stadt Pfaffenhofen und Erwerb der Objekte

Vielfältige Nutzung des Bunkers im dritten Jahrtausend 51

Sprengung und Abbau der Anlage? Die Zukunft des Bunkers ist ungewiss

Die „Affäre Esser“

Solarnutzung, horizontales Gewerbe oder Tauchstation?

Vielfältige Nutzungsprojekte für das Gelände werden diskutiert

Neues Leben auf der Anlage: Der InterKulturGarten

Bildnachweis 55

Zeitzeugen 55

Grüßwort des Bürgermeisters

Ein spannendes Stück Geschichte wird in dieser Ausgabe der „Pfaffenhofer Stadtgeschichte(n)“ dokumentiert: Die Zeit des Kalten Krieges wird in Erinnerung gerufen – eine Epoche, die wir Jüngeren glücklicherweise nur vom Hörensagen kennen. Ältere Pfaffenhofer können aber noch viel erzählen über die Zeit, als der atombombensichere Bunker oberhalb der Ingolstädter Straße gebaut wurde und als hier strengste Geheimhaltung herrschte.



Inzwischen gehört die Militärsache Bunker längst der Vergangenheit an und die Pfaffenhofer haben von dem Bunker Gelände Besitz ergriffen: Im Verwaltungsgebäude haben verschiedene Vereine ihre Räume. Das einstmals streng bewachte Gelände entwickelt sich zum InterKulturGarten, in dem Einheimische und Ausländer Gemüse anbauen, Obst ernten und sich alle immer mal wieder zum gemeinsamen Picknick treffen. Und nun wird auch noch der Bunker für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht:

Es werden regelmäßig Führungen angeboten und alle Interessierten sind eingeladen, den Bunker zu besichtigen. Wenn es dabei in der ersten Zeit zu Engpässen kommt, bitte ich um Verständnis, denn es dürfen immer nur zwölf Personen gleichzeitig in den Bunker.

Wer nicht sofort einen Termin für eine Bunkerführung bekommt, dem sei vorab diese Ausgabe der „Stadtgeschichte(n)“ zum Lesen empfohlen sowie auch die dazugehörige Ausstellung, die sowohl im Rathaus als auch im Bunker gezeigt wird. Für das Zusammentragen der interessanten Informationen und das Verfassen dieser „Stadtgeschichte(n)“ darf ich mich bei Andreas Sauer, dem Leiter unseres Stadtarchivs, herzlich bedanken.

Allen Lesern, Ausstellungs- und Bunkerbesuchern wünsche ich informative, unterhaltende und spannende Stunden!

Herzlich
Ihr Thomas Herker



Einleitung

Ein Relikt aus der Zeit des „Kalten Krieges“, als sich die Supermächte USA und UdSSR hochgerüstet gegenüberstanden, steht bis heute auf Pfaffenhofener Stadtgebiet. Die 1966 in Betrieb genommene „Grundnetzschalt- und Vermittlungsstelle“ der Bundeswehr, Bestandteil eines deutschlandweit angelegten Fernmeldenetzes, entstand unter höchster Geheimhaltung.



Spätestens seit den 1950er Jahren bestand bei der Bevölkerung – noch unter dem Eindruck der Erlebnisse des Zweiten Weltkriegs – große Angst vor einem Atomangriff aus dem Osten. Die Errichtung des Fernmeldenetzes der Bundeswehr sollte im Fall eines derartigen Super-Gaues die militärische Kommunikation innerhalb Deutschlands sicherstellen.

Vor dem Hintergrund des „Kalten Krieges“, der durch den Mauerbau im August 1961 und vor allem die Kuba-Krise im Oktober 1962 eine neue Dimension bekommen hatte, markierte die geheimnisvolle Atmosphäre des Bunkers bis in die 1990er Jahre hinein diese Epoche in unserer Stadt.

Das vorliegende Heft begleitet den Leser durch ein halbes Jahrhundert der jüngeren Zeitgeschichte, in dem sich die weltpolitische Konstellation massiv veränderte und auch in der Stadt Pfaffenhofen Spuren des Kalten Krieges sichtbar waren. Diese Epoche ist im unterirdischen Fernmeldebunker bis heute zu spüren.

Großer Dank gebührt ehemaligen Dienststellenangehörigen und Zeitzeugen sowie Herrn Manfred Habl für viele Erläuterungen und Hinweise zur Geschichte der Fernmeldestelle, nicht zuletzt Herrn Florian Erdle für das gewissenhafte Lektorat. Die Vereine „Bunkerfreunde München e.V.“ und „Vorbei e.V.“ in Wennigsen haben durch hervorragende Dokumentationen und die Bereitstellung von Plan- und Bildmaterial entscheidend zu diesem Heft und zur begleitenden Ausstellung beigetragen.

Andreas Sauer M.A.

Der Beginn des „Kalten Krieges“ und seine Auswirkungen auf Deutschland

Zeitgeschichtlicher Hintergrund

Nach der totalen Niederlage Deutschlands im Zweiten Weltkrieg und der Kapitulation am 8. Mai 1945 folgte die Aufteilung des deutschen Gebietes in vier Zonen und die Zeit der Besatzung durch die Alliierten. Die Siegermächte USA, UdSSR, England und Frankreich konnten sich jedoch in den folgenden Jahren nicht auf eine einheitliche Strategie über die Neuordnung Deutschlands einigen.

Dies führte im Jahr 1949 vor dem Hintergrund des beginnenden „Kalten Krieges“ zur Teilung Deutschlands und der Gründung zweier Staaten, der „Bundesrepublik Deutschland“ (BRD) und der „Deutschen Demokratischen Republik“ (DDR). Auf internationaler Ebene stand die NATO als Militärbündnis der westeuropäischen Staaten dem „Warschauer Pakt“ gegenüber, in dem die osteuropäischen Nationen vereint waren. Die gestaltenden Kräfte waren die beiden Supermächte USA und UdSSR.

Bereits im Jahr 1950 zerschlug sich die Hoffnung auf eine neue Weltordnung ohne Konflikte. Der damals ausbrechende Korea-Krieg (bis 1953) spiegelte die massiven unterschiedlichen Weltanschauungen der beiden Supermächte wider. Nur wenige Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs war die Gefahr eines Atomkriegs gegeben. Es begann die Zeit des Wettrüstens der beiden Großmächte und die Stationierung von Atomwaffen an strategisch ausgewählten Punkten in Europa.

Die Situation in der Bundesrepublik und der Aufbau der Bundeswehr

Im westlichen Verteidigungsbündnis setzte eine Diskussion ein, welchen Beitrag der westdeutsche Staat unter Bundeskanzler Konrad Adenauer (Amtszeit 1949 bis 1963) als Bollwerk gegen die Verbündeten des östlichen Militärbündnisses leisten könne. Dabei griffen die Verantwortlichen ein Thema auf, das wenige Jahre zuvor noch undenkbar schien: Die Wiederbewaffnung Deutschlands, der Aufbau eigener deutscher Militäreinheiten und die Stationierung von Atomwaffen auf westdeutschem Gebiet! Als Gegengewicht zum „Warschauer Pakt“, dem die „Deutsche Demokratische Republik“ angehörte, sollte in der Bundesrepublik eine Armee mit moderner Ausstattung aufgebaut werden.

Dies wurde bereits in den frühen 1950er Jahren konkret diskutiert, jedoch kam die Aufstellung deutscher Militärkontingente als Beitrag zur geplanten „Europäischen Verteidigungsgemeinschaft“ (EVG) durch den Einspruch Frankreichs 1954 nicht zustande. In der Öffentlichkeit regten sich wenige Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges viele kritische und ablehnende Stimmen, es kam zu Demonstrationen in Großstädten gegen eine deutsche Wiederbewaffnung.

Am 12. November 1955 erfolgte in der Bundesrepublik schließlich die lange und in der Öffentlichkeit kontrovers diskutierte Gründung der „Bundeswehr“, die ausschließlich der Verteidigung und Sicherung des eigenen Landes dienen sollte und nicht für Auslandseinsätze vorgesehen war. Am 1. Januar 1956 zogen die ersten freiwilligen Rekruten in die Kasernen ein, 1957 folgten die Wehrpflichtigen. In Pfaffenhofen warb Anfang August 1956 das „Amt Blank“ vor der Mädchenschule am oberen Hauptplatz für den freiwilligen Beitritt in die im Aufbau begriffene Bundeswehr.

Der Landkreis Pfaffenhofen erhielt noch in den 1950er Jahren einen ersten Stützpunkt der Bundeswehr: Scheyern war seit 1958 Standort einer Luftwaffeneinheit, der 1964 so bezeichneten „3. Batterie des Flugabwehrraketenbataillons 34“. Mit der Landkreisgebietsreform der Jahre 1971/72 kamen das bereits bestehende Ausbildungsregiment 3 der Bundeswehr in Oberstimm und die 1957 gegründete „Wehrtechnische Dienststelle (WTD) 61“ der Bundeswehr in Manching dazu.

Der „Kalte Krieg“ kommt nach Pfaffenhofen: Die Stadt wird Standort einer „Grundnetzschalt- und Vermittlungsstelle“

Einbindung der Stadt in die Planungen zu einem schnellen Fernmeldesystem der Bundeswehr



Die Übersichtskarte der „Grundnetzschalt- und Vermittlungsstellen (GSVBw) und der Verteilervermittlungen der Bundeswehr (VVbW)“ veranschaulicht das gleichmäßig verlaufende Netz. Die Stelle Pfaffenhofen erhielt die Bezeichnung „GSVBw66“ und gehörte zum Wehrbereichskommando VI München.

Weitere strategische Planungen der Oberen Militärdienststellen sahen bundesweit ein eigenes modernes Fernmeldesystem vor, das im Falle eines in Betracht gezogenen militärischen Angriffs aus dem Osten die Kommunikation im eigenen Land aufrecht erhalten sollte. Durch die Entwicklung des Bundeswehrgrundnetzes (BwGN) sollte die landesweite Koordination und Durchführung geeigneter Verteidigungsmaßnahmen gesichert sein. Im Grundnetz waren rund 20 spezielle Fernmeldenetze der Bundeswehr zusammengeschlossen, u. a. für die Bereiche Luftverteidigung, Flugsicherung oder Verkehrswesen. Auch die Stadt Pfaffenhofen a. d. Ilm sollte nach den Planungen der Bundeswehrführung Bestandteil des Grundnetzes werden.

Die ersten Planungen unterirdischer oder getarnter Fernmeldeanlagen reichen ins Jahr 1957 zurück. Damals entwickelte der „Höhere Pionierstab“ der Bundeswehr das Konzept für die Errichtung der Grundnetzvermittlung der Bundeswehr (GNBw), die 1964 in „Grundnetzschalt- und Vermittlungsstelle“ (GSVBw) umbenannt wurde.

34 derartige, in ihrem Aufbau nahezu baugleiche Fernmeldeeinrichtungen sollten sich wie ein gleichmäßiges Netz über das Gebiet der Bundesrepublik ziehen, sie dienten als Knotenpunkte des Bundeswehr-Grundnetzes. Auch die Stadt Pfaffenhofen war als Standort einer solchen Anlage ausersehen. Innerhalb der sechs Wehrbereichskommandostellen in der Bundesrepublik gehörte Pfaffenhofen zum Wehrbereichskommando VI München, die Anlage erhielt die Bezeichnung „GSVBw66“ und führte auch den Namen „GVBw Hallertau“.

Vorbereitende Maßnahmen: Grundstücksverhandlungen zwischen Bundeswehr und Stadt

Die Verhandlungen zum Bau der „Luftwaffenverteilervermittlung Hallertau“ zwischen dem Bund und der Stadt Pfaffenhofen über ein geeignetes Grundstück setzten bereits im Jahr 1959 ein. Das von der Stadt angebotene Grundstück bei Heißmanning erwies sich als ungeeignet, auch ein Areal zwischen Förnbach und Streitdorf war vorübergehend im Gespräch. Seitens der Stadt war man der Meinung, den Bunker möglichst weit vom Stadtgebiet entfernt zu halten und keine Fläche zur Verfügung zu stellen, die in den kommenden Jahren im wachsenden Pfaffenhofen als Baugrund hätte dienen können.

Mehrere Kriterien seitens der Bundeswehr waren bei der Wahl eines Standorts ausschlaggebend:

- optimale Lage im vorhandenen Liniennetz der Deutschen Bundespost, um eine perfekt funktionierende Anbindung an die angemieteten Übertragungsleitungen für militärische Zwecke zu erreichen;



Luftbildaufnahme der äußeren Ingolstädter Straße vom 18. Mai 1959. Zu erkennen sind auf der linken Straßenseite am unteren Bildrand das Hauptverstärkeramt von 1924/25 (Nr. 61) und oberhalb das Zählerprüfamt der Amperwerke von 1954 (Nr. 69). Etwas weiter nördlich, wo noch Heimgärten und Baumgruppen stehen, war die Errichtung der Fernmeldeanlage vorgesehen. (Landesluftbildarchiv Bayern 59 041/2)



Die Nähe zum Hauptverstärkeramt (Ingolstädter Straße 61) ermöglichte kurze Leitungswege zur Fernmeldeanlage (2014).

- ausreichende Wasservorkommen in der Nähe der Anlage zum Bau eines eigenen Brunnens;
- Anbindung an eine Hauptverkehrsstraße;
- Gelände, das die Errichtung der aus mehreren Teilobjekten bestehenden Bunkeranlage in einem gleichen Höhenterrain ermöglichte.

Deshalb fiel die Wahl eines Grundstücks für die geplante Fernmeldestelle schließlich auf ein erhöht liegendes Gelände an der damals noch kaum bebauten äußeren Ingolstädter Straße in der Nähe der dortigen Heimgärten. Der Vorteil für die Bundeswehr als Betreiber lag darin, dass das 1924/25 durch die damalige Reichspost errichtete Hauptverstärkeramt (Ingolstädter Straße 61) sehr nahe lag und der Weg für die notwendigen Leitungen zum geplanten Fernmeldebunker vergleichsweise kurz war.

Die Vertragskonditionen

In den folgenden beiden Jahren liefen die Verhandlungen über das seitens des Bundes benötigte Grundstück sowie über den Erbbaurechtsvertrag, der alle Modalitäten über gegenseitige Rechte und Pflichten, die Nutzung des Areals und eine spätere mögliche Rückgabe an die Stadt regeln sollte. Der Bund als Erbbauberechtigter hatte dabei gegen Zahlung eines Betrages (Erbbauzinses) das Recht, auf dem Grundstück des Eigentümers, der von der Stadt verwalteten Hl. Geist- und Gritsch'schen Fundationsstiftung, ein Gebäude zu errichten.

Am 29. September 1960 und am 12. Oktober 1961 beschloss der Stadtrat unter Bürgermeister Jakob Sanwald die Zustimmung zum Abschluss eines derartigen Vertrags. Im Vertragsentwurf war unter anderem festgelegt, dass das Erbbaurecht rückwirkend am 1. Januar 1959 beginnen sollte und auf unbestimmte Zeit bestellt war. Die Bundesvermögensverwaltung war berechtigt, auf dem Erbbaugrundstück eine unterirdische Anlage für Verteidigungszwecke zu errichten. Das Erbbaurecht konnte unter Einhaltung einer Frist von einem Jahr seitens des Bundes wieder aufgegeben werden, ein Fall der im Jahr 1997 letztlich auch eintrat.

Die Unterzeichnung des Erbbaurechtsvertrages zwischen der Stadt Pfaffenhofen und der Bundesvermögensverwaltung über die Nutzung des 11.361qm großen Areals an der Ingolstädter Straße erfolgte am 20. Januar 1962. Vorgesehen war dort die Einrichtung einer Fernmeldestelle mit Verwaltungsgebäude. Rund zwei Meter unter der Erde sollte der Bau eines 1.400 Quadratmeter messenden, atombombensicheren Bunkers mit zwei bis drei Meter dicken Betonwänden erfolgen. 1962 erging mit „Befehl Nr. 49“ durch das Wehrbereichskommando München die Anordnung zur Errichtung der Anlage in Pfaffenhofen.

Vorsicht! Feind hört mit! Die Planungen werden überwacht

Äußerste Geheimhaltung war bereits ab der Planungsphase vorgeschrieben. Trotz allen Bemühungen, keine Informationen nach außen dringen zu lassen, war im Osten so manches über die Planungen im westlichen Lager bekannt. Der Propagandasender „DDR Sender 904“ wandte sich sogar direkt an die Pfaffenhofener Bevölkerung und warnte sie unter großen Übertreibungen: „Pfaffenhofener wehrt Euch! Ihr bekommt einen Atombombenbunker in Eure Siedlung!“

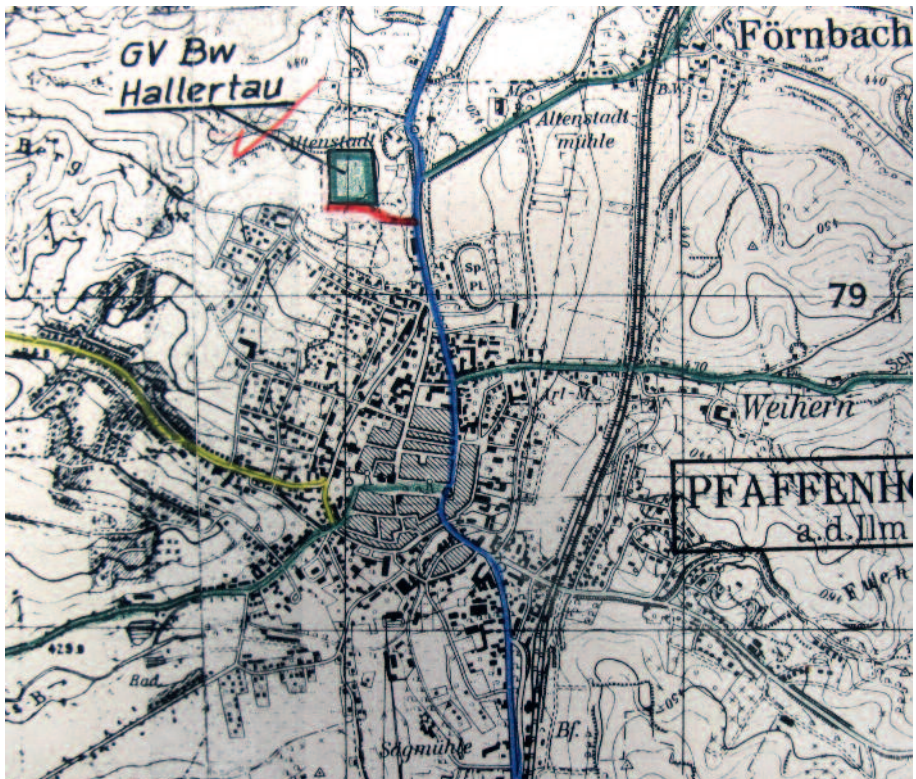
Wie gut der Osten Bescheid wusste, ging kurz nach Eröffnung des Bunkers aus einer Sendung des DDR-Funks hervor. Darin wurden alle Mitarbeiter der unterirdischen Fernmeldestelle namentlich begrüßt und der Pfaffenhofener Bevölkerung viel Glück mit

dem Bunker gewünscht, da er bei einer Militäraktion aus dem Osten eines der ersten Ziele sein würde.

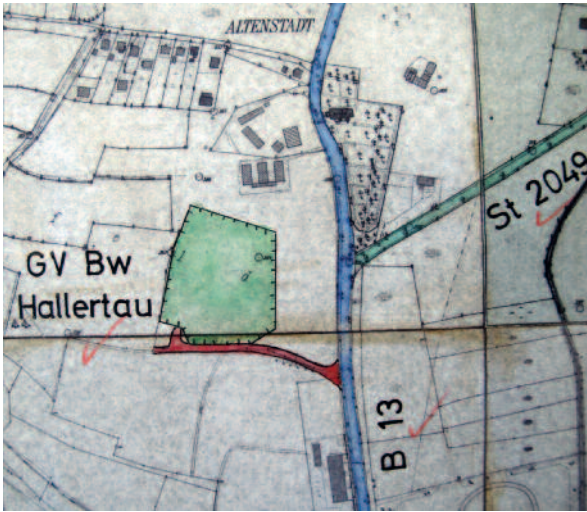
Bis in die 1970er Jahre hinein tauchte auch die sowjetische Militärmission – die Militärmissionen der drei Westmächte und der UdSSR hatten sich gegenseitig die Erlaubnis zu Kontrollfahrten im Fremdgebiet gegeben – wiederholt in Pfaffenhofen auf. In einem Fall erwarb sie im dem Bunker benachbarten Autohaus Willner einen Pkw, fuhr unten am Bunkergelände vorbei und einmal sogar den Heimgartenweg hoch vor den Eingangsbereich des Areals. Seitens des Dienststellenleiters in Pfaffenhofen erging über diese Beobachtung sofort eine Meldung nach München.

Die Bauphase der Fernmeldestelle in Pfaffenhofen 1960 bis 1965

Vor Baubeginn mussten mehrere auf dem Grundstück bestehende Heimgärten dem Neubau weichen, wofür die Besitzer entschädigt wurden. Der Errichtung der eigentlichen



Umgebungsplan des Baugebiets für die Fernmeldeanlage mit der von der Ingolstädter Straße abzweigenden Anschlussstraße zur „GVBw Hallertau“, der heutigen Heimgartenstraße.



Der Ausschnitt zeigt die noch dünne Bebauung im Umfeld des geplanten Militärbaus (1965).

im Eigentum der Hl. Geist- und Gritsch'schen Fundationsstiftung, der Bundeswehr wurde lediglich ein Fahrrecht eingeräumt.

Bunkeranlage und des Verwaltungsgebäudes ging der Bau einer Verbindungs- und Anschlussstraße zur geplanten Luftwaffenverteilervermittlung voraus. Die Bundeswehr ließ zunächst eine auf fünf Meter Breite angelegte Straße bauen, die später Gehwege erhielt und als heutiger „Heimgartenweg“ von der Ingolstädter Straße zum Gelände hinaufführt. Die Straße sollte zu einem späteren Zeitpunkt als Siedlungsstraße genutzt werden können. Der Straßengrund blieb



Aufnahme aus der Bauzeit des Bunkers, der unter größter Geheimhaltung von 1960 bis 1965 errichtet wurde.

Die eigentliche Errichtung der Bunkeranlage, der „GSVBw66“ oder auch „GVBw Hallertau“, konnte im Jahr 1960 beginnen. Nach Beendigung der Rohbauarbeiten im Frühjahr 1963 wurde der Innenausbau in Angriff genommen. Zu beträchtlichen Verzögerungen kam es lediglich beim Bau der Zufahrtsstraße zum Bunkergelände, deren Ausbau spätestens im Sommer 1963 erfolgen sollte, jedoch im Herbst 1964 noch nicht vollzogen war.

Die Gesamtbaumaßnahme war im Sommer 1965 vollendet. Die Kosten für die 29x47x10 Meter messende unterirdische Anlage und die Zubauten beliefen sich auf 15 bis 35 Millionen DM (die genauen Kosten blieben geheim), in jedem Fall eine damals gewaltige Summe. Am 2. Mai 1966 konnte schließlich der Betrieb im Fernmeldebunker aufgenommen werden. Sowohl Zivilangestellte als auch Angehörige der Bundeswehr begannen nun unter strengster Geheimhaltung mit ihrer Arbeit „unter der Erde“. Die Beschäftigten im Bunker mussten ihre Tätigkeiten völlig ohne Tageslicht und unter schwierigen klimatischen Verhältnissen verrichten (s. S. 27).

Aussehen und Funktionsweise des Fernmeldebetriebsgebäudes

Allgemeine Bauvorgaben



Luftaufnahme aus dem Jahr 1968 mit Blick auf das Terrain von Südwesten her. Das von einem 317,4 Meter langen Stacheldrahtzaun umschlossene Gelände (Gesamtfläche 11.361m²) wird vom Verwaltungsgebäude (unten) und dem links versetzt stehenden Garagenbau dominiert. Unter der von einem Rundweg umgebenen Fläche verbirgt sich die unterirdische Fernmeldeanlage. Von oben erkennbar sind die Zu- und Abluftbauten mit Schutzdächern. Am oberen und rechten Wegrand befinden sich die beiden Zugänge zur Anlage, von denen einer mit einer Abdeckung versehen ist.

Das Pfaffenhofer Fernmeldebetriebsgebäude wurde in „vollversenkter“ Bauweise ausgeführt, d. h. es mussten keine oberirdischen Tarnanlagen geschaffen werden, da der Bunker nicht über die Oberfläche herausragte. Die Anlage in Pfaffenhofen befand sich nahezu komplett unter der Erde. Aus der Luft betrachtet waren neben dem Unterkunftsgelände für militärisches und ziviles Personal nur Entlüftungen, Einstiege oder die Zu- und Abluftbauwerke zu erkennen. Ausschlaggebend für die Bauweise war der Grundwasserstand am Bauort, der 12 Meter unter dem Baukörper liegen musste. Dies war im erhöht liegenden Bereich an der Ingolstädter Straße gegeben.

Das eigentliche Fernmeldegebäude wurde zentral auf dem Grundstück untergebracht, um mögliche Sabotageakte zu erschweren. Aufgrund der mehrheitlich zu erwartenden

den Westwinde wurden Zuluft- und Abluftbauwerk so platziert, dass die Abluft vom Verwaltungsgebäude weg getrieben wurde.



Blick über den unterirdischen Bunker auf das Verwaltungsgebäude. Auf der linken und rechten Bildseite sind die Ab- und Zuluftbauwerke für die Lüftungsanlage des Bunkers zu erkennen (2014).

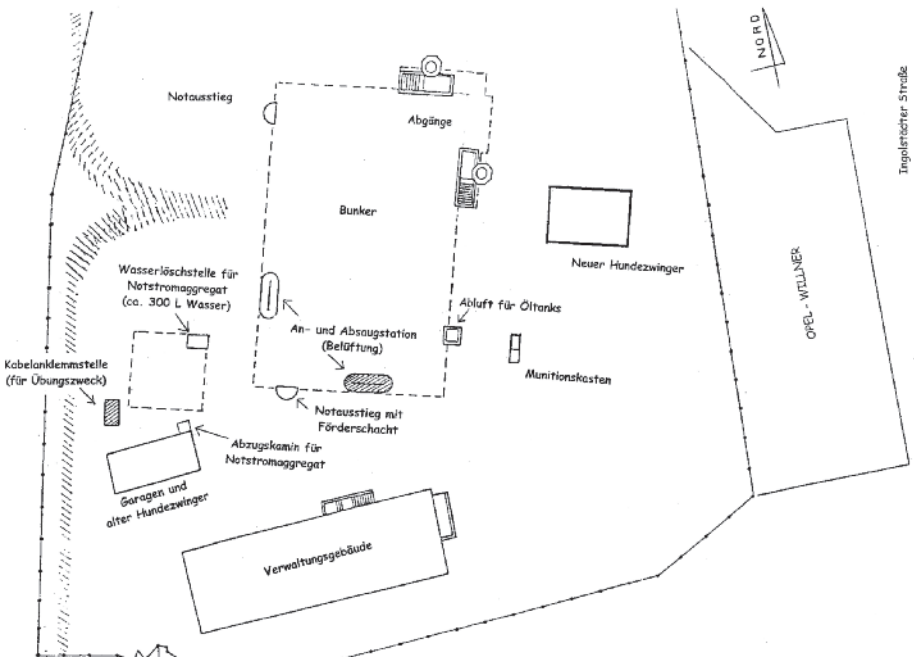


Blick auf das Bunkergelände aus dem Jahr 1968. Innerhalb des Stacheldrahtzauns bestand kaum eine Anpflanzung. Gut zu erkennen sind die Überdachung eines der beiden Abgänge in den Bunker (Bildmitte) und die Zu- und Abluftbauwerke. Die Anlage machte aus der Luft betrachtet einen unauffälligen Eindruck und ließ ihren Verwendungszweck nicht errahnen.

Die Konzeption der Anlage in Pfaffenhofen

Die GSVBw66, eine standardisierte Fernmeldeanlage, setzte sich aus folgenden Gebäuden zusammen:

- Nr. 1 Fernmeldegebäude (unterirdisch) mit Dekontaminationsanlage, Wasserversorgung, Netzersatzanlage (NEA) und Fernmeldeeinrichtungen
 - Nr. 2 Unterkunfts- und Verwaltungsgebäude der militärischen Führung
 - Nr. 3 Kabelauführungspunkt als Anschlusspunkt für die übende Truppe
 - Nr. 4 und 6 Abstellplätze mit Schutzdach; Garage, Fahrradstand und Lagerboxen
 - Nr. 5 Beobachtungs- und Nahverteidigungsanlagen; Ringstände an den Abgängen zu Objekt 1 für Nahverteidigung mit Maschinengewehrstand
 - Nr. 7 Auffang- und Absetzgrube für kontaminiertes Wasser
- Rückhaltebecken für Kühlwasser; auch zur Kühlung der NEA im Notfall verwendbar
Belüftungsschacht für Dieselkraftstoffbehälterbatterie; Auffüllstutzen für Dieseltreibstoff



Planskizze der Anlage in Pfaffenhofen mit dem Verwaltungsgebäude und allen weiteren oberirdigen Bauwerken sowie dem in gestrichelten Linien angedeuteten unterirdischen Fernmeldegebäude (Stand nach 1970).



Beide Treppenabgänge wiesen auf halber Höhe Aussparungen für MG-Kampfstände auf. Diese sollten im Ernstfall der Nahkampfverteidigung der Fernmeldeanlage dienen [2013].



Im Verwaltungsgebäude der „Grundnetzschalt- und Vermittlungsstelle [GSVBw66]“, wie die Fernmeldeanlage in Pfaffenhofen offiziell hieß, befanden sich die Unterkünfte für die diensttuenden Soldaten, der Wachraum, aber auch Besprechungsräume und sogar eine Kellerbar. In der Ära des „Kalten Krieges“ war der Zugangsbereich streng gesichert [2014].



Der mit einem Schutzdach versehene nördliche Abgang zur Fernmeldeanlage [2013].



Beim zweiten Abgang ist noch die Schiebevorrichtung mit den Führungen zu erkennen, die den Treppenabgang abdeckte [2013].



Blick auf Ab- und Zuluftbauwerk (im Vordergrund) der Anlage. Die Bauten waren so konzipiert, dass der Wind die Abluft von der Anlage weg transportierte [2013].



Die 300 Liter fassende Wasserstelle für das Notstromaggregat im Bunker, das zur Kühlung große Mengen Wasser benötigte [2013].

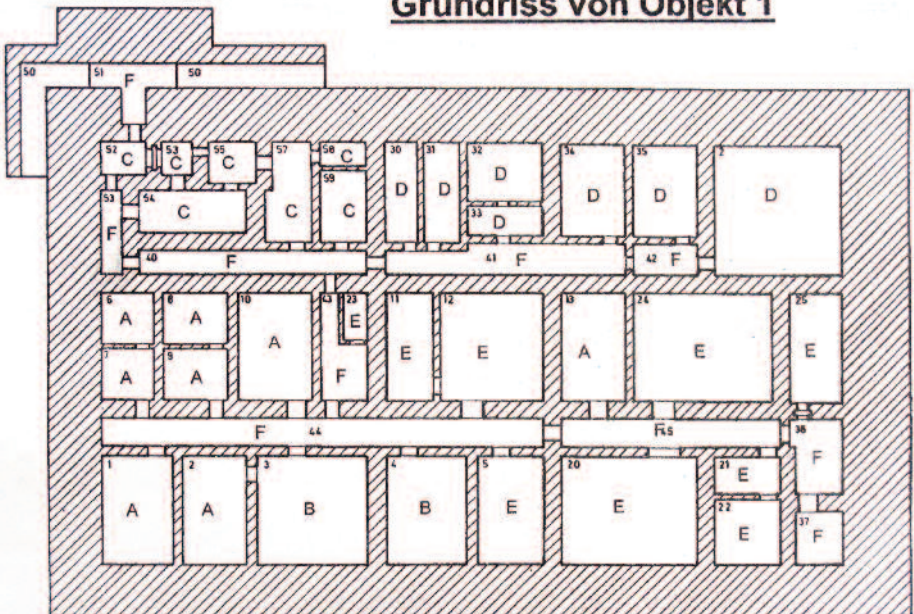
Be- und Entlüftungsaufsatz

Kiessilo mit Kies und Schotter für den Verschluss des Montageschachtes
Zwingeranlage zur Unterbringung der Wachhunde

Das Fernmeldebetriebsgebäude in Pfaffenhofen war als „Typ A“ mit Wasserkühlung ausgeführt. In Untertagebauweise wurde ein Stollensystem angelegt, das über zwei lange Quergänge die einzelnen Trakte des Gebäudes mit ihren unterschiedlichen Nutzungen verband.

Die Baupläne enthielten aus Sicherheitsgründen keine Raumbezeichnungen mit Hinweisen auf Funktionen der Gebäudeteile, sondern lediglich „neutrale“ Ziffern. Während der Bauphase wurde die Baustelle durch eigenes Wachpersonal gesichert, das rund um die Uhr anwesend war. Der Zugang zur Baustelle unterlag einer strengen Kontrolle, fotografische Aufnahmen während der Bauphase waren nur aus dienstlichen Gründen erlaubt.

Grundriss von Objekt 1



Übersichtsplan nach Nutzungsarten des unterirdischen Fernmeldebunkers. Technischer Bereich (A und B) bildeten ebenso einen räumlichen Komplex wie die Energieversorgungseinheiten, die Gemeinschafts- und Personalbereiche oder die Dekontaminierungsanlage (C) im Eingangsbereich, im Plan oben links zu erkennen. Legende: A = Räume für Fernmeldebetrieb und -technik (Bundeswehr); B = Räume für Fernmeldebetrieb (Deutsche Bundespost); C = Eingang und Räume für ABC-Schutz; D = Sozialräume; E = Räume für technische Ausrüstung; F = Flure und Eingang.

Die Arbeit in der Grundnetzschalt- und Vermittlungsstelle

Wilde Gerüchte kursieren um die Anlage

Trotz der Geheimhaltung während des Bunkerbaus ließ es sich nicht vermeiden, dass die Bevölkerung von dem Gebäude mit „außergewöhnlicher Nutzung“ an der Ingolstädter Straße erfuhr. Ohne genau Bescheid zu wissen vermuteten manche ein unterirdisches Atomwaffenarsenal oder sogar eine Abschussrampe für Atomraketen. Einen Landwirt aus Streitdorf, den während der Bauzeit die Neugier packte und der das Bunker Gelände betrat, erwartete eine mehrtägige Untersuchungshaft und ein strenges Verhör durch den Militärischen Abschirmdienst, der Spionageverdacht hegte.

Auch ein Pfadfindertrupp unter Führung des späteren Bürgermeisters Hans Prechter begab sich einmal auf Erkundungstour am noch im Bau befindlichen Bunker Gelände, überstieg den Stacheldrahtzaun und näherte sich schon dem Bunkerkörper. Die anschlagenden Schäferhunde und ein herannahender Wachmann veranlassten die Jungen jedoch zu einer schnellen Flucht. Sie konnten gerade noch den Zaun überwinden und sich in Sicherheit bringen. Trotz der Schlagzeile „Spione wurden erkannt!“ in der lokalen Presse flog die Angelegenheit erst durch das Bekenntnis Hans Prechters im Jahr 1991 auf.



Funktion der Bauten

Hauptaufgabe der 32 (von 34 geplanten) in der Bundesrepublik errichteten GSVBws war die Sicherstellung des militärischen Fernmeldewesens. Darunter fielen folgende Anforderungen:

- Bedienung der sogenannten „weitverkehrsfähigen Leitungen“;
- schnelle Anpassung von Fernmeldeverbindungen an die gegebene taktische Lage mobiler militärischer Einheiten;

Blick in den Kabeleingangs- oder Kabelaufteilungsraum [Raum 04], wo von außen die angemieteten Fernmeldekabel der Deutschen Bundespost, sogenannte „Trägerfrequenzfernverbindungskabel“ (TFFK), in das unterirdische Gebäude einmündeten. Diese Kabel erlaubten die Übertragung von zwölf Fernsprechverbindungen auf einer Verbindungsleitung. Die Kontrollinstrumente dienen der Überwachung des richtigen Gasdrucks der Kabelführungen [2014].

- Bereitstellung von Anschlusspunkten für militärische Netze und für Truppenleitungen (mobile Netze);
- Vermittlung des militärischen Fernschreib- und Fernsprechverkehrs.

In den Fernmeldebunkern wurde die gesamte Korrespondenz des militärischen Fernmeldewesens abgewickelt. Darüber hinaus dienten die Leitungen der GSVBws auch für die Durchführung von Übungen beweglicher Truppen im Feld oder kamen bei den großen NATO-Alarmübungen zum Einsatz.

Personalauswahl und Personalstruktur in der GSVBw66

Die Auswahl des Zivilpersonals für den Fernmeldebetrieb erfolgte im „Moosburger Hof“, der als Standortverwaltung und vorübergehend auch als Kreiswehrrersatzamt diente. Nach der Vorstellung der Bewerber erfolgte eine gewissenhafte Überprüfung ihrer Eignung. Nach einigen Monaten lief ein Bescheid aus Freising mit Zu- oder Absage in Pfaffenhofen ein. Nach einem 14-tägigen Unterricht in München mit Einweisung konnten am 2. Mai 1966 die erfolgreichen Bewerber ihren Dienst im Bunker antreten.

Die Fernmeldestelle unterstand dem „Leiter GSVBw66“, der einen Offiziersrang innehatte. In Kriegszeiten hätte der Leiter die Bezeichnung „Kampfkommandant“ geführt. Die Leiter der Dienststelle in Pfaffenhofen waren Stabsoffizier Gottfried Wengerek, Stabsfeldwebel Wilhelm Zumpf, Stabsfeldwebel Willy Schneider sowie die den Rang eines

Hauptmanns führenden Siegfried Hebensperger, Georg Schneider, Hans-Joachim Breith und Bartholomäus Diewald.

Die Personalstärke in der Fernmeldestelle war genau festgelegt: 13 Soldaten, 31 männliche und weibliche Mitarbeiter als Zivilpersonal der Bundeswehr, 15 Beschäftigte der Deutschen Bundespost und 6 weitere Personen, die für die Datenübertragung der



Blick auf den „Moosburger Hof“, wo im Zuge des Aufbaus der Bundeswehr 1956/57 ein „Kreiswehrrersatzamt“ eingerichtet wurde [ca. 1950].



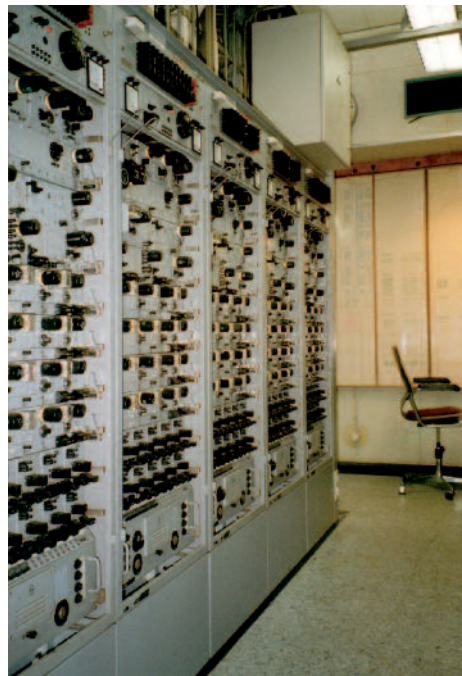
Treppenabgang in den unterirdischen Teil des Fernmeldegebäudes.

kommissen. Obligatorisch waren tägliche Kontrollbesuche der Polizei, die sich beim Wachpersonal meldete.

Eine Besonderheit galt für die Fernmeldestelle in Pfaffenhofen. Zunächst sollte sie sich im Konfliktfall selbst verteidigen und bei Bedarf einen auswärtigen Jägerzug anfordern. Später kam die militärische Führung jedoch davon ab und änderte ihre Strategie. In den 1980er Jahren war die Pfaffenhofener GSVBw66 – wie einige andere Fernmeldeanlagen – dazu ausersehen, einen Mustersicherungszug auszubilden, um die Anlage im Ernstfall betreiben und verteidigen zu können. Für jeden Zivilisten musste zu diesem Zweck ein Reservist für den Dienst im Bunker

Luftwaffe zuständig waren. Die Arbeiten wurden in drei Schichten bewältigt, zum Betrieb der Anlage waren 14 bis 20 Mann je Schicht eingeteilt.

In Pfaffenhofen waren in den 1970er Jahren 5 Soldaten, 10 Fernschreiber, 8 Fernsprecher, 3 Maschinisten (Maschinenmeister, -schlosser und -elektriker) und 1 Kraftfahrer für den diensteigenen VW-Bus beschäftigt. Die Zivilbeschäftigten kamen überwiegend aus Pfaffenhofen und dem Landkreis. Ziviles Wachpersonal bewachte während des Dienstbetriebes die Anlage, je zwei Wachleute und zwei speziell ausgebildete Schäferhunde achteten auf besondere Vor-



Der technische Übungsraum der Fernmeldeanlage, wo Soldaten von auswärtigen Bundeswehrstandorten im Fernmeldewesen ausgebildet wurden (Aufnahme der Anlage GSVBw21 in Lüdersen).

ausgebildet werden. Aus den hierfür eingesetzten Infanteristen (Jägereinheiten) wurde ein Sicherungszug gebildet, der in unregelmäßigen Abständen Sicherungsübungen rund um die GSVBw66 abhielt.

Die Bauart der Fernmeldestelle war so ausgelegt, dass das Personal bei einem völligen Abschluss von der Außenwelt noch für vier Wochen versorgt und der Fernmeldebetrieb für diesen Zeitraum aufrecht erhalten werden konnte.

Im Lauf der Jahre wurde die Personalstärke wiederholt reduziert. Sie verringerte sich insbesondere nach der Wiedervereinigung Deutschlands 1989/90, sodass zuletzt nur noch wenige Bundeswehrangehörige und zehn Angestellte in der Anlage arbeiteten.

Das unterirdische Fernmeldegebäude und seine Besonderheiten

Hohe Sicherheitsstandards beim Bau



Im Batterieraum (Raum 05) waren zwei Trockenbatterien untergebracht, die als letzte Sicherheit der Energieversorgung dienten, sollte die Versorgung durch die Amperwerke ausfallen und das Notstromaggregat ebenfalls nicht funktionieren. Die Batterien ruhten auf einem federgedämpften Gestell, um Detonationen abzuschwächen [2014].

die Unterkante lag 10 Meter unter dem Erdboden. Hinsichtlich des Strahlenschutzes waren hohe Auflagen zu erfüllen. Nach der Betonierung erfolgte in zeitlichem Abstand noch eine Bauwerkshinterfüllung, um durch die nachträgliche Ausfüllung von entstandenen Hohlräumen maximale Stabilität zu erreichen. Die Überdeckung des Fernmeldegebäudes mit Erde betrug im Zentrum rund 50 cm.

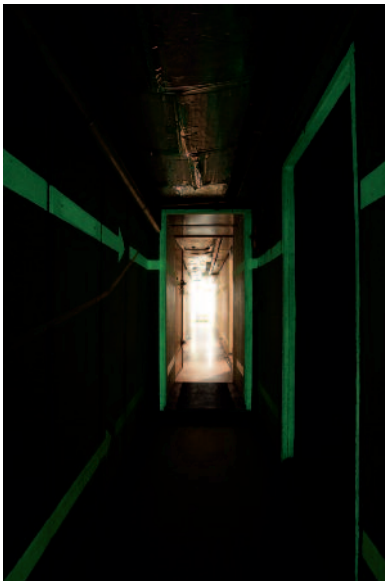
Das eigentliche Fernmeldegebäude zählte 48 Räume, verteilt über eine Gesamtfläche von 688,9 qm. Durch die Konzeption als Schutzbau wiesen die Außenmauern aus Stahlbeton eine Stärke von 3,5 Metern auf, die Zwischenmauern waren 1,50 Meter dick. Die Gesamtfläche der Fernmeldeanlage betrug 47x29 Meter, also knapp 1.400 Quadratmeter. Verwendet wurde Beton der Qualität B450 mit extrem hoher Festigkeit, das Verhältnis von Nutzraum zu Betonvolumen betrug 15:85.

Der Bunker war als luftdicht geschlossener Baukörper angelegt,



Aufnahme einer Trockenbatterie aus der baugleichen GSVBw21 in Lüdersen.

Gleich hinter dem Eingang lag der sogenannte Dekontaminierungsbereich. Gesichert war dieser Bereich mit schweren, zum Teil zweiteiligen Panzerdrucktüren, um absolute Dichtigkeit sicherzustellen. Die Leitungen über der Tür waren ebenfalls so angelegt, dass sie im Falle von Erschütterungen nicht unterbrochen wurden bzw. rissen.



Lumineszierende Elemente waren zur Sicherheit des Personals an allen Fluren und Durchgängen angebracht. Bei Notstrombetrieb oder bei völliger Dunkelheit waren eine Orientierung und ein schnelles Fortbewegen in den Gängen möglich.

Maschine kommt vor Mensch: Harte Arbeitsbedingungen in der Fernmeldeanlage

Für das Personal herrschten in den ersten Jahren nach Fertigstellung der Fernmeldeanlage schwierige Arbeitsverhältnisse. Die Wände der Räume wiesen noch keine Verkleidungen oder Dämmungen auf, sondern bestanden aus blankem Beton. Erst Jahre später wurden sie mit Dämmmaterial versehen, weshalb es in den ersten Jahren besonders kalt war und ein Schallschutz faktisch nicht existierte. Die Fernschreibmaschinen und die unterirdische Technik verursachten zum Teil starken Lärm und setzten das Personal hohen Belastungen aus. Diese Missstände wurden erst nach 1970 durch Nachrüstungsmaßnahmen am Gebäude behoben.

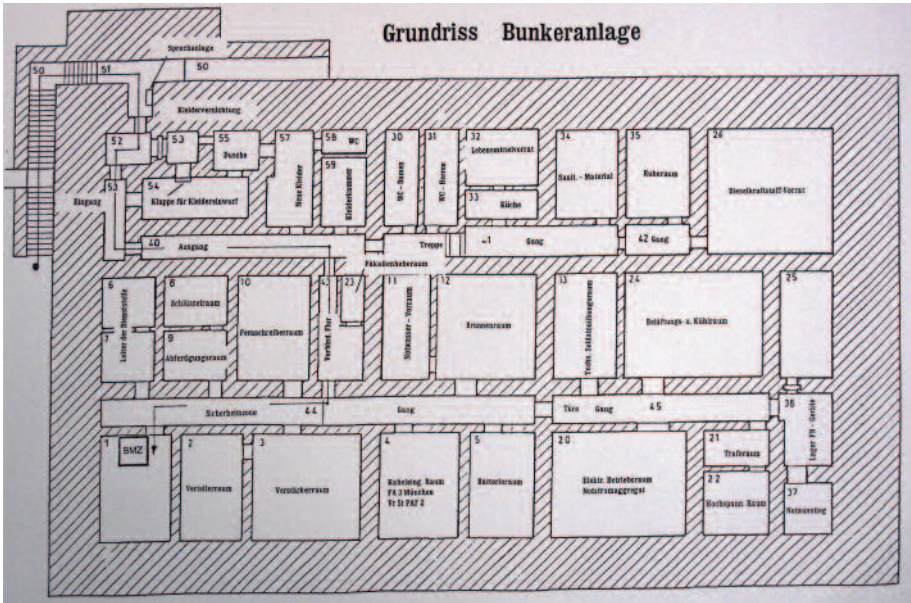
Erschwerend kam über die ganze Dauer des Fernmeldebetriebes hinzu, dass die Luftfeuchtigkeit den Bedürfnissen der anspruchsvollen und sensiblen Technik und nicht dem Personal angepasst wurde. Die Luftfeuchtigkeit war für den Menschen mit maximal 40 % zu trocken, duftete aber wegen der Maschinen und Kabelleitungen nicht höher liegen. Zudem erwies sich die ständige Zugluft im gesamten Bunker stets als Gefahr für die Gesundheit. Auch der beständige leichte Überdruck von 0,2 bar belastete das Personal und führte immer wieder zu krankheitsbedingten Ausfällen oder Personalwechsel.



Die Reste der Relais- und Verteilereinheit im Fernschreibraum der Pfaffenhofer Fernmeldeanlage. Für die Mitarbeiter herrschten in diesem Raum wegen der starken Geräuschentwicklung der Fernschreibmaschinen schwierige Arbeitsbedingungen [2014].

Die Einteilung der unterirdischen Anlage

Der Fernmeldebunker war in Bereiche eingeteilt, die bestimmten Funktionen dienten und unterschiedlichen Sicherheitsstandards unterlagen. So zählten die mit modernster Technik ausgestatteten Räume 1 bis 13 (Fernmeldebereich der Bundeswehr und



Übersichtsplan der unterirdischen Anlage mit Bezeichnung der einzelnen Räume. Die ursprünglichen Baupläne enthielten aus Geheimhaltungsgründen nur Nummern, um Spionen nicht Auskunft über die Nutzung insbesondere der technischen Räume (1 bis 13) zu ermöglichen.



der Bundespost] zur Sicherheitszone, die von den drei Maschinenteknikern nur in Anwesenheit einer Aufsichtsperson betreten werden durfte.

Daneben gab es den Bereich für ABC-Schutz gleich nach dem Eingangsbereich, wo Personen, die mit A-, B- oder C-Waffen in Berührung gekommen waren, dekontaminiert werden konnten. Ein eigener Bereich umfasste die technische Ausstattung des Bunkers zur Gewährleistung der Funktion der Geräte und der Energieversorgung auch im Notfall. Für die Mitarbeiter standen eigene Aufenthaltsräume zur Verfügung.

Rest der früheren Duschvorrichtung im Dekontaminierungsbereich. Die kontaminierten Personen hätten sich im Ernstfall einer chemischen Reinigung unterziehen müssen (2013).

Die Sozialräume dienten dem Aufenthalt und der Entspannung der Mitarbeiter und wurden auch als Lager genutzt. Die Flure und Verbindungsgänge wiesen ebenfalls Ruhemöglichkeiten auf, wo sich das Personal auf ausklappbaren Sitzen entspannen konnte. Liegeflächen wurden in die Pfaffenhofener Fernmeldeanlage erst später eingebaut.

Die Hauptfunktionen: Fernsprech- und Fernschreibvermittlung zur militärischen Nachrichtenübertragung

Eigentlicher Zweck der „Grundnetzschalt- und Vermittlungsstelle“ war die Gewährleistung des Fernsprech- und Fernschreibverkehrs der Bundeswehr. Durch den Einsatz der „Trägerfrequenztechnik“ war es möglich, die Frequenz der Trägerwelle, mittels der ein Nachrichteninhalte (Ton oder Sprache) übertragen wird, zu verändern. Damit ließen sich die Vorzüge der Hochfrequenz auch für die Niederfrequenzbereich nutzen, weite Entfernungen konnten überbrückt und Leitungen durch den Einsatz unterschiedlicher Trägerfrequenzen mehrfach belegt werden.

Fernsprechbereich (Raum 01)

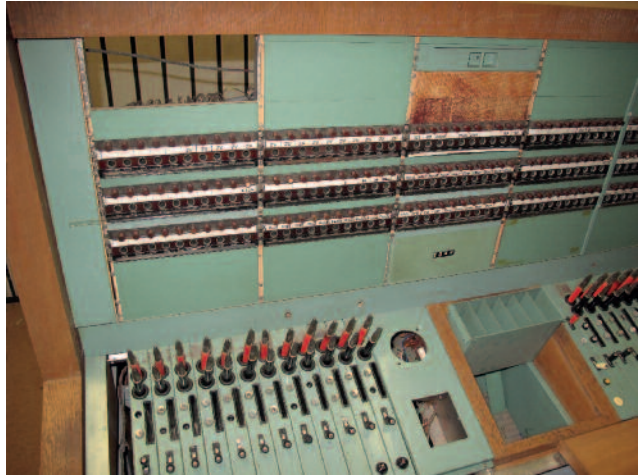
Raum 01 verfügte über eine Fernsprechvermittlung in sechsdrahtiger F57-Technik, dem damaligen Standard der Bundespost, mit sechs Arbeitsplätzen. Für den Aufbau von



Die Fernsprecheinheit (Raum 01) wies sechs Arbeitsplätze auf, an denen parallel gearbeitet werden konnte. Von hier wurden eingehende Rufe angenommen und weitervermittelt. Ganz rechts befand sich ein Telefonanschluss, über den in das öffentliche Netz telefoniert werden konnte (2014).

Fernsprechverbindungen standen je Arbeitsplatz zehn Vermittlungsschnurpaare zur Verfügung, für Datenfernverbindungen zwei Durchrufschurpaare. Am internen Fernsprechverkehr waren zwei Hauptanschlüsse und 19 Nebenstellen angeschlossen. Die Verbindungen wurden von Hand „gestöpselt“, Vorbeischaltungen an defekten GSVBws vorbei waren möglich, da die einzelnen Stellen netzartig

miteinander verbunden waren. Lediglich bei Fernmeldestellen, die am Ende des Netzes lagen und deshalb nicht weiterschalten konnten, bestand diese Option nicht.



Detail eines Arbeitsplatzes der Fernsprechvermittlung, deren Technik größtenteils ausgebaut wurde. Bei einem eingehenden Anruf wurde mit dem roten Stecker die Verbindung angenommen und nach Abfragen des gewünschten Kontakts mit dem schwarzen Stecker die Verbindung hergestellt (2014).



Ansicht einer baugleichen Fernsprechzeile aus der GSVBw21 mit der kompletten Ausstattung einschließlich Arbeitsstühlen und Informationstafeln an den Zimmerwänden.

Fernschreibbereich (Raum 10)



Blick in den vollständig erhaltenen Fernschreibraum (Raum 10) der GSVBw21. Hier standen sechs Arbeitsplätze zur Verfügung, mit der die Fernschreiben unter Beachtung der drei geltenden Geheimhaltungsstufen „R“ (Routine), „P“ (Priorität) und „Z“ oder „O“ (sofortige Erledigung) angefertigt wurden.

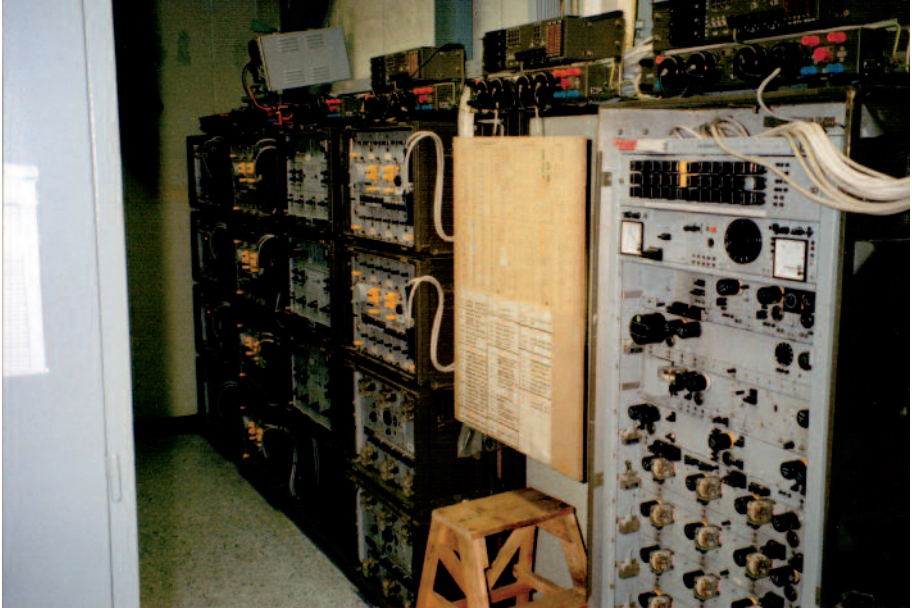
Die im Raum 10 befindliche Fernschreibvermittlung besaß einen Vermittlungs- und einen Leitungsanschlossschrank. Neben Einzelwaren auch Sammelverbindungen möglich, die insbesondere bei der Übermittlung von A/G-Fernschreiben zum Einsatz kamen. Acht Fernschreibmaschinen, zwei Fernvermittlungen und zwei Standleitungen liefen rund um die Uhr. Täglich wurden 350 bis 450 Fernschreiben in drei Sicherheitsstufen erledigt:

Klartext, verschlüsselt oder „unter Verschluss“ als höchster Geheimhaltungsstufe. In diesem Raum arbeiteten zwei Leute im Drei-Schicht-Betrieb sowie zwei weitere Bedienstete in der Tagesschicht, die von 7.30 Uhr bis 16 Uhr tätig waren. Zumeist nach 9 Uhr herrschte hier mit dem Beginn des Fernschreibbedienstes Hochbetrieb.



Sowohl im Fernsprech- als auch im Fernschreibraum, deren Türen bei Dienstbetrieb stets verschlossen sein mussten, war ein Warnsystem installiert. Es sollte die Mitarbeiter rechtzeitig über den Ausfall der Energieversorgung oder des Kühl- und Belüftungssystems informieren [2014].

Technischer Übungsraum (Raum 13)



Der technische Übungsraum der GSVBw21 für die Soldaten (Raum 13) diente der Ausbildung für den kompletten militärischen Fernmeldebereich. Schaltpläne und Übersichtstafeln dienten der besseren Orientierung der auszubildenden Bundeswehrangehörigen.

Die Übertragungsgeräte in diesem Raum für das mobile Netz erlaubten vier- oder sechsdrabtmäßig die Abwicklung des Fernmeldeverkehrs. Aus den mobilen Netzen konnten



über einen Umsetzer Trägerfrequenz-Verbindungen aufgenommen und von hier aus in andere Bundeswehrstandorte durchgeschaltet werden. Soldaten aus auswärtigen Standorten wie Fürstentfeldbruck waren hier im Einsatz, um das Fernmeldewesen vollständig kennen zu lernen. Im Ernstfall hätten nicht Zivilangestellte, sondern Soldaten den militärischen Fernmeldedienst in der Bundesrepublik abwickeln müssen.

Die Einschubkassetten für die Prüf- und Abfrageeinrichtungen im nur noch als Fragment erhaltenen technischen Übungsraum (Raum 13) in Pfaffenhofen. Rechts sind noch die Träger der Schaltverbindungen in alle anderen GSVBws zu erkennen (2014).



Technische Einheit für die Schaltverteilung und die Verbindung zur Haupteinheit (Mitte) sowie auf der rechten Seite die Durchschalteinheiten. Die Kabel und Schaltrelais wurden größtenteils entfernt [2014].

Im „Kabeleingangs-“ oder „Kabelaufteilungsraum“ (Raum 04) liefen die Kabel der Deutschen Bundespost in die Bunkeranlage herein. Von hier aus erfolgte über die Verteilerstellen die Verbindung zu den einzelnen Räumen [2014].



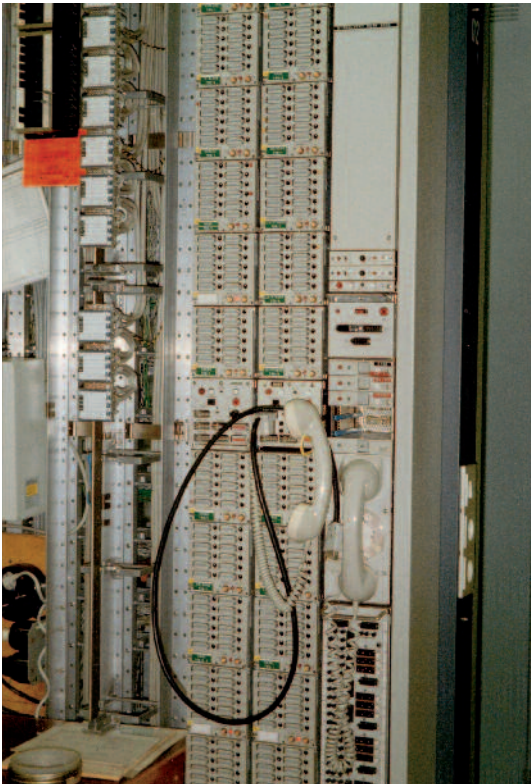
Schlüsselraum (Raum 08)

In diesem besonders gesicherten und (bis 1989/90) nur für den Chef der Fernmeldestelle bestimmten Raum wurden die Lochstreifen aus Papier mit den verschlüsselten Kennungen für den Fernmeldebereich aufbewahrt. Mit einem Transporter wurden, sorgfältig verschlossen, jeden Monat neue Streifen aus München geholt.

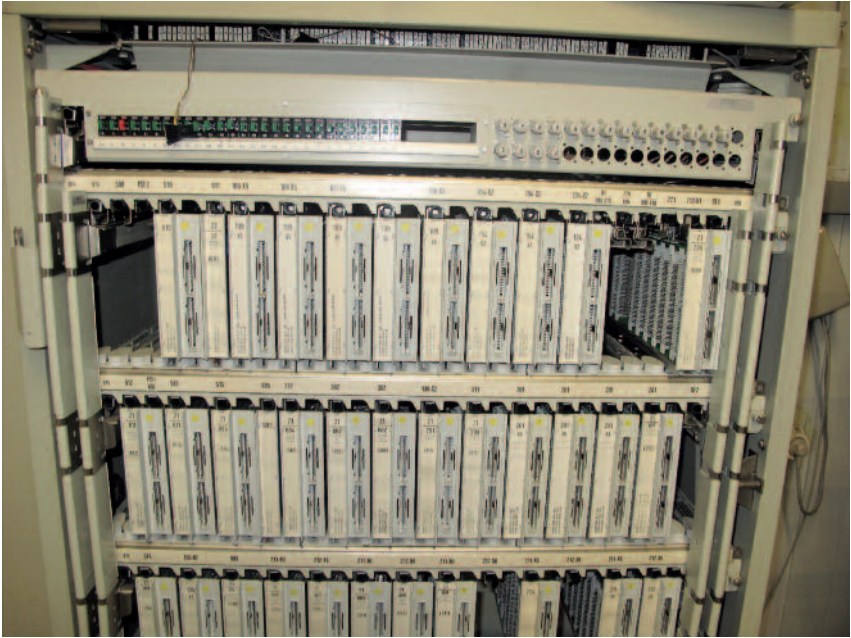
Verstärkerstelle der Deutschen Bundespost und Schaltverteiler Bundeswehr Fernmeldewesen (Raum 03 und 02)

Die Verstärkerstelle wurde eigens für das Grundnetz der Bundeswehr errichtet. Sie wurde tagsüber von zwei Beamten betreut und nachts auf Fernüberwachung geschaltet. Am Schaltverteiler ging die Zuständigkeit am Fernschreib- und Fernsprechverteiler von der Deutschen Bundespost auf die Bundeswehr über. Von hier aus liefen die von der Bundeswehr gemieteten Stromwege zum Schaltverteiler Bundeswehr/Fernsprechbereich gegenüber oder zum Schaltverteiler Bundeswehr/technischer Übungsraum in Raum 13. Von beiden Schaltverteilern konnten alle gemieteten Stromwege sowie die Verbindungen der Truppe und der Einsatzreserve aufgeschaltet und vermittelt

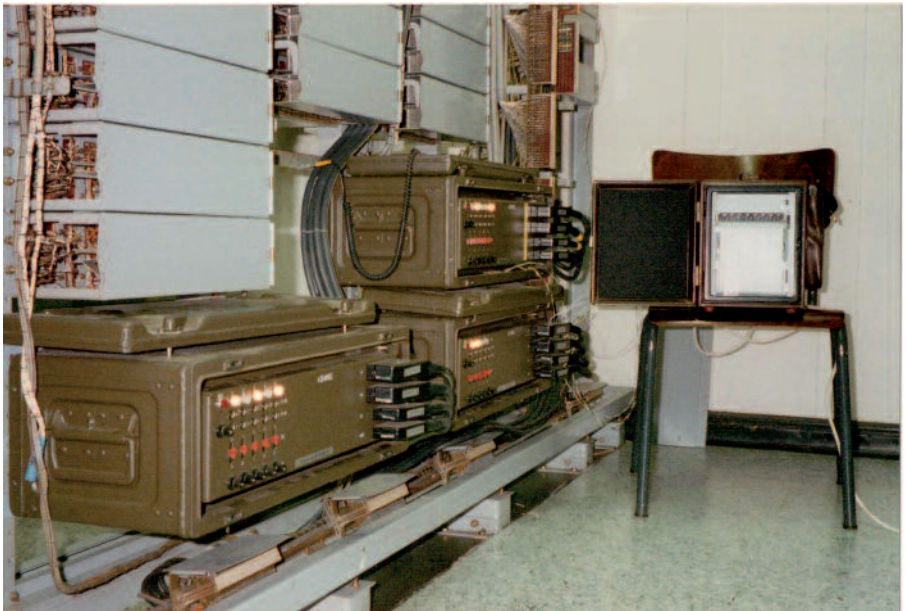
werden. Eine Prüf- und Abfrageeinrichtung ermöglichte eine schnelle Fehlersuche und die Beseitigung von Störfällen.



Blick auf die in der GSVBw21 noch komplette Signalverstärkereinheit im Verstärkerraum der Bundespost (Raum 03). Die Wartung der dortigen Anlagen erfolgte durch Mitarbeiter der Bundespost.



Einschubkassetten im Verstärkerraum, die eine hohe Auswahl an Weitschaltungen ermöglichten (2014).



Verteilerraum der Deutschen Bundespost (Raum 02) in der GSVBw21 mit den Verteilerkästen, die auf gedämpften Stahlträgern ruhen.

Der Dekontaminierungsbereich



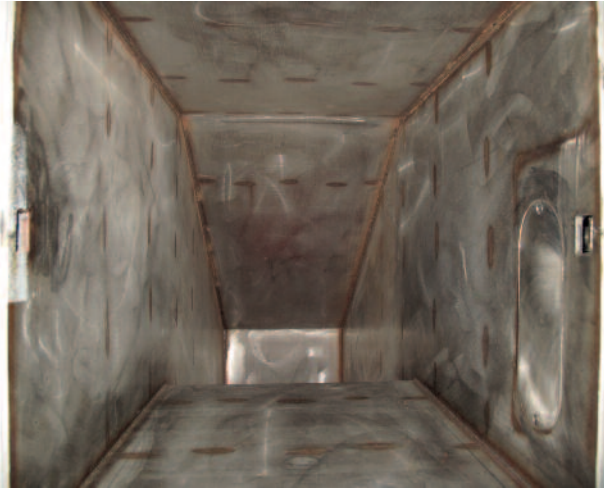
Gleich hinter dem Eingangsbereich waren Räume eingebaut, die im Falle eines Angriffs die Dekontaminierung von Personen, die mit atomaren, biologischen oder chemischen Waffen oder Substanzen in Berührung gekommen waren, ermöglichen sollten. Die Kleidung sollte bereits vor dem Betreten des Fernmeldegebäudes über eine Klappe in die Kleidervernichtung gelangen. Die betroffenen Personen betreten dann speziell ausgestattete Reinigungsräume mit Duschen und durften erst nach der chemischen Reinigung den eigentlichen Bunkerbereich betreten. Die für die Kontaminierung vorgesehenen Räume (ABC-Schleuse, Auskleideraum, Dusche und Ankleide-

Zugangsbereich zur Schleuse, wo der Dekontaminierungsbereich begann [2014].

raum) waren mit speziellen Türen (Panzerdrucktüren) ausgestattet, die gasdicht waren und zwangsverriegelt werden konnten. Da der Ernstfall nie Wirklichkeit wurde, kam der Kontaminierungsbereich nie zum Einsatz.



Blick in den Raum zur Vernichtung der Kleider von kontaminierten Personen [2014].



Schacht, in den die verseuchte Kleidung zur chemischen Vernichtung gelangte (2014).

Umfassendes Filtersystem für saubere Luft: Grobsand- und Raumluftfilter

Hohe Anforderungen mussten für die Gewährleistung sauberer und reiner Luft im Inneren des Fernmeldegebäudes erfüllt werden. Durch seine ohnehin sorgfältige Bauausführung war die Zufuhr sauberer Luft im Normalbetrieb gewährleistet. Für den Fall eines atomaren Militärschlags und daraus resultierender Druckwellen, Temperaturveränderungen und Strahlungen war es jedoch unabdingbar, weitere Filtersysteme einzubauen, die auch für solche Fälle reine Atemluft ins Innere des

Blick in den Raum für den Grobsandvorfilter. Die Verwendung von Grobsand verspricht im Ernstfall unter anderem eine nahezu vollständige Absorption chemischer Strahlung sowie eine erhebliche Reduzierung der Hitze- und Druckwellen im Fall eines Atomschlags (2014).

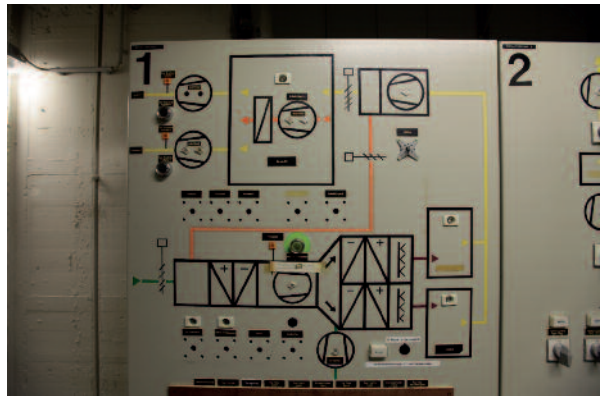




Mit einem aufwendigen Leitungssystem wurden im Belüftungs- und Kühlraum (Raum 24) die Luftverhältnisse in der gesamten unterirdischen Fernmeldeanlage gesteuert und überwacht (2014).

ren des Betriebsgebäudes, verursachen konnten. Ebenso erlaubte der verwendete Grobsand die Aufnahme hoher Temperaturen und unterband große Hitzeeinströmung in die Arbeitsbereiche. Auch beim Auftreten chemischer Kampfstoffe und radioaktiven Staubes erwies sich der Grobsandfilter als sehr geeignet. Tests hatten ergeben, dass bis zu 99,9% radioaktiven Anteils aus verseuchtem Staub durch den Sand herausgefiltert wurden.

Die zweite Filtereinrichtung diente unmittelbar der Reinigung der Raumluft. Im benachbarten Raum (Raum 24) waren spezielle Filteranlagen installiert, die die vom Grobsandfilter her gereinigte Außenluft aufnahmen und in die weiteren Diensträume des Fernmeldebetriebsgebäudes leiteten. Die Kapazität der drei installierten Filter, die spezielle Komponenten gegen „schwebende“ und gasförmige Kampfstoffe besaßen, erlaubte es, im Schutzfall ein Volumen von 30 m³ pro Minute zu reinigen und ins Innere des Gebäudes weiterzuleiten.

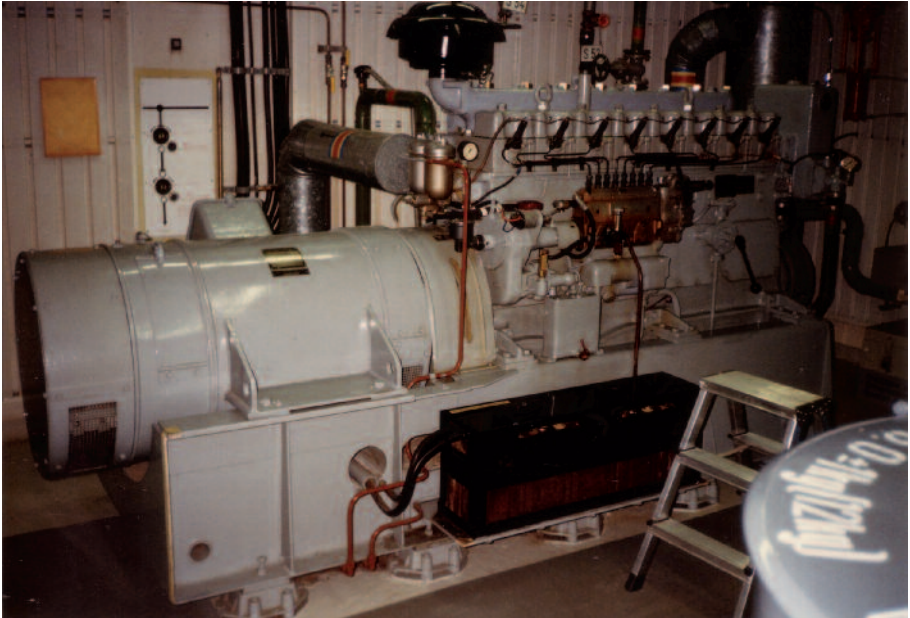


Eines von mehreren Schaltelementen der Lüftungs- und Filteranlage der GSVBw66.

Betriebsgebäudes strömen ließen.

Zwei zusätzliche Filterstufen dienten dazu, ein gutes Raumklima im Inneren des Gebäudes in allen Situationen aufrechtzuerhalten. Der Grobsandfilter (Raum 25), der 30 m³ Grobsand benötigte, saugte die Außenluft an, die stetig und gleichmäßig die Grobsandschichten durchströmen musste. Dies bewirkte eine deutliche Verringerung starker Druckwellen, die somit keine weiteren Schäden, etwa an den Rohrleitungen im Inneren

Sichere Stromversorgung auch im Notfall



Wie hier in der GSVBw21 Lüdersen zu sehen war ein baugleiches Notstromaggregat auch in der Pfaffenhofener Anlage installiert.

Die Stromversorgung erfolgte grundsätzlich durch die ISAR-Amperwerke. Sollte die interne Stromversorgung über den Transformator jedoch ausfallen, trieb ein 8-Zylinder-Dieselmotor mit einer Leistung von 168 PS bei 1.000 U/min einen Drehstromgenerator an, der bei 400 Volt und 50 Hz eine Leistung von 125 Kilowatt lieferte. Den Motor, dessen Typ auch als Schiffsmotor zum Einsatz kam, produzierte die Firma „Knorr-Bremse“ in Mün-



Für die Funktion des Motors waren Kohlenfilter der Firma Drägerwerk eingebaut. Im Hintergrund sind die Regelungswerke für das Notstromaggregat zu sehen [2014].



Spannung und Stromfluss wurden mithilfe dieser Anzeigeelemente genau kontrolliert und bei Bedarf geregelt.

chen. Er verbrauchte 12 Liter Diesel pro Stunde und benötigte in derselben Zeitspanne zum Kühlen 18 Kubikmeter Wasser! Der Motor schaltete sich automatisch ein, wenn die Versorgung durch die Amperwerke gestört war.

Sollte auch das Diesellaggregat ausfallen, standen für den Notstrombetrieb zwei Trockenbatterien zur Verfügung, die auf gedämpften Trägern standen.

den. Für ihre Wartung war ein Hauptsekretär der Post verantwortlich, der auch die Verstärkerstelle betreute. Bei anfallenden Arbeiten forderte man weitere Postbedienstete zur Reparatur an. Nur ein Jahr vor Einstellung des Fernmeldebetriebes waren in der GSVBw66 neue Trockenbatterien eingebaut worden.



Blick auf die Vorratsbehälter für den Diesellostoff, den das Notstromaggregat benötigte. Die auf einem Erschütterungen dämpfenden Gestell montierten Tanks fassten 35.000 Liter (Raum 26).



Von beeindruckender Größe waren die beiden Trockenbatterien in der Fernmeldeanlage, die als letzte Sicherung der Stromversorgung dienten (Aufnahme aus der GSVBw21).

Eigene Wasserversorgung



Aus den Leitungen, die von den beiden unterirdischen Brunnen nach oben führten, wurde das für unterschiedlichsten Bedarf benötigte Wasser hochgepumpt. Der mit einer Tragfähigkeit von über vier Tonnen ausgestattete Haken diente dem Heben der Brunnenanlage für Wartungsarbeiten.

Die GSVBw66 besaß auch eine eigene, unabhängige Wasserversorgung mit zwei speziell gebauten und geschützten Brunnen. Sie besaßen eine Tiefe von 68 und 69 Metern. Zwei Wasserpumpen förderten aus 36 Meter Tiefe jeweils rund 10 m^3 Wasser stündlich, das je nach Bedarf als Trinkwasser, zur Kühlung der technischen Anlagen oder für sanitäre Zwecke verwendet wurde. Das vorhandene Rückhaltebecken hielt als Notvorrat 16 m^3 an Trinkwasser sowie 150 m^3 Kühlwasser bereit. Das Abwas-



Blick auf die beiden Brunnen (unten) mit den zwei herausführenden Wasserleitungen (2014).



Druckbehälter der Brunnenanlage mit Kontrollinstrumenten [2014].

ser lief über zwei Schmutzwasserpumpen [23] und einen eigenen Abwasserkanal beim städtischen Schwimmbad in die kommunale Abwasserversorgung.



Für das Überleben des Personals im Ernstfall standen acht Trinkwasserbehälter mit einem Fassungsvermögen von je 1,5 Kubikmeter Wasser zur Verfügung [2014].

Hohe Sicherheit vor Angriffen

Der auf einem Sand- und Kiesbett sowie auf Federn ruhende Bunker besaß im Fall eines Atomblitzschlages eine Abweichmöglichkeit von 1,50 Meter. Seine robuste Bauart hielt Panzersprengbomben bis 1.000 Kilogramm aus üblicher Abwurfhöhe stand. Auch der Schutz gegen Bomben und Granaten aller Art sowie biologischer und chemischer Waffen war gegeben. Beim Einsatz von Atomwaffen mit einer Sprengkraft von 20 Kilotonnen Luftdetonation bzw. 10 Kilotonnen Bodendetonation innerhalb von 200 Metern würde die Bunkeranlage der aufkommenden thermischen Strahlung, der Kernstrahlung, dem Luftdruck, der Erddruckwelle und dem elektromagnetischen Impuls standhalten. Zum Schutz des Zivilpersonals im Bunker waren Gasmasken vorgesehen. Weitere Ausstattung wie Sanitätsmaterial oder auch Lebensmittelvorräte mussten im Ernstfall von außen angefordert werden.

Schutz vor Detonationen und Erschütterungen

Die hochempfindlichen technischen Anlagen mussten im Falle von Detonationen mit starken Dämpfungseinrichtungen versehen werden. So waren die Fußböden der Räume, wo empfindliche Fernmeldetechnik untergebracht war, mit Schwingböden ausgestattet. Die Oberfläche der Böden war mit Teakholz abgedeckt.

Auch die Batteriespeicher, die Kraftstoffbehälterreserve sowie die Maschinenräume waren mit speziellen Böden ausgestattet, damit es durch Detonationen und Erschütterungen nicht zu Beschädigungen an den Anlagen kommen konnte.

In den langgestreckten Fluren waren an den Seitenwänden – in Pfaffenhofen erst lange nach Erbauung der Fernmeldeanlage – Ruhebänke angebracht. Diese waren auch im Fall des Atomeinschlages wichtig: Es galt die Anweisung, sich in diesem Fall mit den vorhan-



Der Verteilerraum (Raum 02) war einer derjenigen Räume, die aufwendige Technik beherbergten. Um Erschütterungen der Geräte abfedern zu können, war er mit einem schwimmenden Boden ausgestattet. Abgedeckt war er mit Teakholz [2014].



Die Verbindungsgänge der Fernmeldeanlagen waren mit Sitzen oder einfachen Liegeflächen ausgestattet. Sie sollten nicht nur der Ruhe, sondern im Ernstfall auch der Sicherheit des Personals dienen, das sich hinlegen und angurten musste. In der Pfaffenhofer GSVBw66 wurden derartige Systeme, wie sie in der GSVBw21 in Lüdersen eingebaut waren, erst später nachgerüstet.

denen Sicherheitsgurten anzugurten oder flach hinzulegen, um die Druckwelle überleben zu können.

Die im Bunker installierten Hygrometer sollten ständig eine Luftfeuchtigkeit nachweisen, die für den Betrieb der Maschinen optimiert war. Das Personal, das ohnehin ständiger Zugluft ausgesetzt war, musste sich hier den Vorgaben beugen, die die Funktionsfähigkeit der Ma-

schinen und technischen Anlagen höher einstuft. Für die Beschäftigten bedeutete dies eine besondere Belastung.

Schallschutz

Für die Räume, in denen sich das Personal zu Dienstzwecken länger aufhielt, gab es genaue Vorschriften über das zulässige Geräuschaufkommen. In diesen Räumen des Sicherheitsbereichs durfte ein Lärmpegel von 45 dB nicht überschritten werden. In der Fernsprech- und der Fernschreibvermittlung (Räume 1 und 10) waren schallschluckende Wände und unbrennbare Wand- und Deckenverkleidungen eingebaut.



Wandverkleidung mit schalldämpfenden Elementen im Fernschreiberraum (Raum 10) zur Reduzierung der Geräusche der Fernschreibmaschinen. Auch hier befand sich eine erschütterungshemmende Bodenkonstruktion, um die technische Ausstattung zu schonen (2014).

Notausstiege

Die beiden Notausstiege A (Raum 37/38) und B (Raum 01 Fernsprechvermittlung) waren nach einer genau festgelegten Anweisung frei zu räumen. Erst waren die angebrachten Sandsäcke zu entfernen, dann rutschte der darüber liegende Kies in die Arbeitsräume, ehe das Personal des Bunkers ins Freie gelangen konnte. Beim Notausstieg A, zugleich Transportschacht für größere Gegenstände, waren Führungen zur Aufnahme von Stahlträgern angebracht, die mit Steinen beschwert waren. Dieser Bereich musste stets verschlossen sein und durfte nur im Notfall geräumt werden, um ins Freie zu gelangen. Die Notausstiege waren druck-, wasser-, gasdicht und strahlensicher ausgeführt.



Einer der beiden Notausstiege aus dem Bunker diente auch als Transportschacht für größere Geräte oder Teile, die bei den Maschinen bedarfsweise ausgewechselt werden mussten. Die mit Sandsäcken und Kies gefüllten Notausstiege mussten jedoch grundsätzlich verschlossen bleiben, um potentielle Eindringlinge vom Inneren des Bunkers abzuhalten. Nur im Notfall hätte die Füllung entfernt werden dürfen, um ins Freie zu gelangen.

Tarnmaßnahmen

Um die Gesamtanlage „von oben“ zu tarnen, durfte keine auffällige Verkehrsführung zur Anlage hinführen. Die Verbindungswege auf dem Sperrgebiet ließ man „natürlich“ anlegen, die übererdigen Bauten riefen aufgrund ihrer flachen Bauausführung keinen auffälligen Schattenwurf hervor. Die Zuführung der Hochspannungsleitung erfolgte unter der Erdoberfläche, um eine Ortung der Energieversorgung zu erschweren. Neben dem Verwaltungsgebäude waren lediglich die Lüftungsanlagen, der Einstieg in die Fernmeldeanlage sowie der Geräteraum und der Zwinger für die Wachhunde oberirdisch zu erkennen.



Luftaufnahme des Bunkergeländes vom 30. August 1979. Die Bebauung ist mittlerweile von drei Seiten her nahe herangerückt. Aus der Luft betrachtet wirkt die Anlage unauffällig und „unverdächtig“ .
[Landesluftbildarchiv Bayern 79 160/49]

„Tauwetter“ zwischen West und Ost: Der Übergang der Anlage an die Stadt Pfaffenhofen

Die Änderung der weltpolitischen Lage und das Ende des „Kalten Krieges“

Solange die Teilung Deutschlands und Europas in zwei Teile gegeben war und der „Kalte Krieg“ anhielt, war trotz erster Abrüstungsbestrebungen keine durchgreifende Änderung im weltpolitischen Klima zu spüren, das Feindbild im Osten bestand fort. Deshalb blieb es seitens der Bundeswehrführung bei der Vorgabe, den Betrieb unter Beachtung größter Geheimhaltung aufrecht zu erhalten.

Eine Veränderung der weltpolitischen Lage trat erst im Lauf der 1980er Jahre ein, als mit dem Generalsekretär der KPdSU Michail Gorbatschow unter den Schlagworten „Glasnost“ (Offenheit) und „Perestroika“ (Umgestaltung) ein milderer Wind aus dem Ostblock herüberwehte. Gorbatschow schuf die Voraussetzungen für die Wiedervereinigung Deutschlands und die Überwindung des Ost-West-Gegensatzes in Europa.

Damit standen die Zeichen auf Entspannung und weltpolitisches Tauwetter setzte ein. Der Planungsstab der Bundeswehr sah sich nun vor neue Aufgaben gestellt und musste das bisherige Verteidigungskonzept überdenken. Mit den ersten Schritten einher gingen die Schließung zahlreicher militärischer Stützpunkte und die Auflösung von Kasernen in der Bundesrepublik und der ehemaligen „DDR“. Auch das System der Fernmeldebunker auf westdeutschem Gebiet wurde im Lauf der 1990er Jahre von den Verantwortlichen auf den Prüfstand gestellt.

Der Erbbaurechtsvertrag von 1962 wird gekündigt

Die Aufrechterhaltung des Fernmeldenetzes, das in den späten 1950er Jahren konzipiert und umgesetzt worden war, erwies sich aufgrund geänderter strategischer Konzepte der Bundeswehr sowie wegen technischer Neuerungen als überholt und wurde nicht mehr für notwendig erachtet. Folge davon war die Einstellung des Dienstbetriebes, die künftige Nutzung der Fernmeldebunker musste seitens der Bundesvermögensverwaltung (seit 2005 „Bundesanstalt für Immobilienaufgaben“) neu geregelt werden.

Am 25. März 1997 wurde mit der letzten Schicht der Fernmeldeverkehr eingestellt, die Stilllegung der GSVBw66 in Pfaffenhofen trat zum 1. April 1997 in Kraft. Die Bediens-



Anlässlich des 25-jährigen Bestehens der Fernmeldeanlage präsentieren sich (von links) die Fernschreiber Georg Spenger und Rita Thalmeier sowie Maschinenmeister Johann Blum (1991).

teten hatten verschiedene Möglichkeiten, ihren beruflichen Werdegang fortzusetzen. Das Personal konnte gegen eine Ablöse in den Ruhestand gehen oder sich auf eine andere Dienststelle versetzen lassen. In Aussicht standen die umliegenden Standorte Oberstimm, Ingolstadt, Manching, München oder Erding.

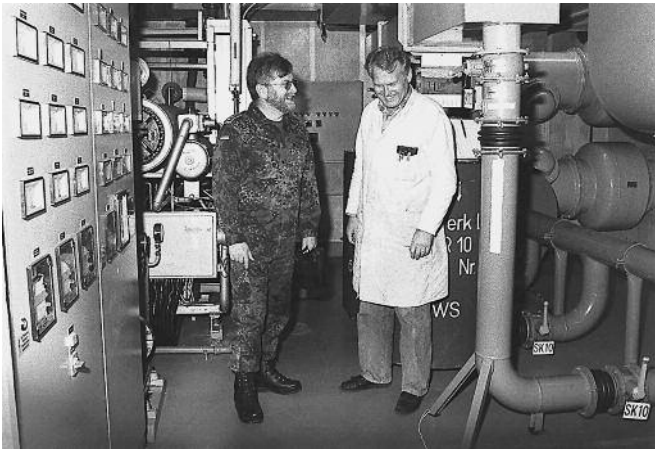
Das gesamte Gelände der GSVBw66 fiel an die Standortverwaltung zurück, die über die weitere Nutzung zu entscheiden hatte. Der Bund zeigte an einer künftigen Verwendung der Gebäude kein Interesse. Das Bundesvermögensamt Augsburg informierte die Stadt Pfaffenhofen a. d. Ilm mit Schreiben vom 26. Mai 1997 über den

„Wegfall des Verteidigungsbedarfs“ an der GSVBw66 Pfaffenhofen und kündigte den Erbbaurechtsvertrag mit der Stadt Pfaffenhofen fristgerecht zum 1. Juni 1998. Damit entfiel die Zahlung des Erbbauzinses an die Stadt, die die Objekte dage-

genen Verwendung der Gebäude kein Interesse. Das Bundesvermögensamt Augsburg informierte die Stadt Pfaffenhofen a. d. Ilm mit Schreiben vom 26. Mai 1997 über den „Wegfall des Verteidigungsbedarfs“ an der GSVBw66 Pfaffenhofen und kündigte den Erbbaurechtsvertrag mit der Stadt Pfaffenhofen fristgerecht zum 1. Juni 1998. Damit entfiel die Zahlung des Erbbauzinses an die Stadt, die die Objekte dage-



Festakt im Verwaltungsgebäude anlässlich der Bunkerübergabe im Jahr 1997 mit Bürgermeister Hans Prechter. Rechts hinter ihm sitzt der frühere Dienststellenleiter, Hauptmann Georg Schneider, rechts außen ist Stabsfeldwebel Erwin Lemmermeier zu erkennen, der ebenfalls in der Anlage in Pfaffenhofen tätig war.



gen fielen vertragsgemäß gegen Zahlung einer Ablöse nach einem Jahr wieder an die Stadt zurück.

Nach der Einstellung des Fernmeldebetriebes und der Schließung des Fernmeldegebäudes öffneten sich die Türen für Besucher und lange Verborgenes wurde sichtbar. Auf dem Bild links ist der letzte Dienststellenleiter, Hauptmann Bartholomäus Diewald, zu sehen [1997].

Ablöseverhandlungen mit der Stadt Pfaffenhofen und Erwerb der Objekte

Nachdem seit April 1999 die Verhandlungen über die Übergabemodalitäten zwischen Bund und Stadt Pfaffenhofen gelaufen waren, hielten die Gesprächspartner im Rückgabeprotokoll vom 17./18. August 1999 die getroffenen Vereinbarungen über das ehemalige Erbbaurecht der Bundesrepublik fest.

Darin hieß es unter anderem, die Stadt verpflichtete sich, binnen zwei Jahren einen Bebauungsplan für das Areal aufzustellen und den Abriss der Gebäude zu veranlassen. Der Bund genehmigte seinerseits die zivile Zwischennutzung der Gebäude und verzichtete auf eine Entschädigung dafür. Im Falle der Nichterfüllung behielt sich der Bund eine Wertentschädigung vor. Die Stadt bat schließlich mehrmals um Verlängerung der Frist, da sich die Aufstellung eines Bebauungsplans auf dem Gelände als äußerst schwierig erwies. Aufgrund seiner Dimensionen und der massiven Bauweise war eine Bebauung des Areals kaum möglich, der Bunker nahm 80 % des gesamten Geländes ein. Im September 1998 wurde der Bundeswehrstandort in Pfaffenhofen aufgelöst. Der Bund baute die wehrtechnischen Anlagen aus dem unterirdischen Gebäude aus, nur noch Fragmente der technischen Einrichtung blieben zurück. Die geplante Rückgabe der „GSVBw66“ an die Stadt scheiterte zunächst an Entschädigungsforderungen des Bundes in sechsstelliger Höhe. Durch lange und konsequent geführte Verhandlungen

erwarb im August 2006 die von der Stadt verwaltete Hl. Geist- und Gritsch'sche Fundationsstiftung, Eigentümerin des Grundstücks, das Verwaltungsgebäude gegen Zahlung einer Entschädigung in Höhe von 30.000 € von der Bundeswehr, den ausstattungsmäßig stark abgespeckten Bunker gab es gratis dazu. Die Stadt besaß jetzt aber auch ein Gebäude, für das keine geeignete Nutzung vorstellbar war.

Bezüglich der im Verwaltungsgebäude eingemieteten Vereine blieb es hinsichtlich der Miet- und Nutzungskosten bei der bisherigen Praxis, wonach die Vereine keine Miete bezahlen mussten und Strom- und Heizungskosten seitens der Stadt übernommen wurden.

STADT PFAFFENHOFEN A. D. ILM
Vermietung oder Verpachtung des
ehem. Fernmeldebunkers

in **Pfaffenhofen a. d. Ilm** und des oberirdischen Verwaltungsgebäudes. Grundstücksgröße insgesamt 11 361 m². Einzelvergabe ggf. möglich.
Anfragen an die Stadt Pfaffenhofen a. d. Ilm, Hauptplatz 1, 85276 Pfaffenhofen a. d. Ilm, Tel. (0 84 41) 7 81 70.

The coat of arms of Pfaffenhofen a. d. Ilm is a shield with a black and white chevron pattern. Above the shield is a crown with three towers. The shield is flanked by two black and white decorative elements.

Zeitungsanzeige der Stadt Pfaffenhofen a. d. Ilm.

Vielfältige Nutzung des Bunkers im dritten Jahrtausend

Sprengung und Abbau der Anlage?

Die Zukunft des Bunkers ist ungewiss

Möglichkeiten der Verwendung der ehemaligen Fernmeldeanlagegebäude wurden wiederholt im Stadtrat diskutiert. Dabei kam auch eine Sprengung bzw. Demontage des unterirdischen Bauwerks bzw. Abbaus der kompletten Anlage zur Sprache, die sich jedoch technisch als nicht machbar bzw. nicht finanzierbar erwiesen.

Erstmals gab es im Herbst 1999 mehrere „Tage der offenen Tür“ mit Möglichkeiten zur Besichtigung der Anlage durch die Bevölkerung. Die damals angebotenen Bunkerführungen stießen bei der Bevölkerung auf großes Interesse und sollen wieder angeboten werden.

Die „Affäre Esser“

Zu zweifelhaften Aktionen des „Schutzraumexperten“ Karl Bernd Esser, der sich als Bunkerexperte und -hersteller ausgab und unter anderem auch für Saddam Hussein gearbeitet haben soll, kam es im Jahr 2000. Bereits zwei Besuche Essers mit Kamera-teams von ZDF und RTL im unterirdischen Fernmeldegebäude brachten den Pfaffenhofener Fernmeldebunker in die Schlagzeilen. Ein dritter Besuch Essers mit einem japanischen Fernseheteam führte schließlich zu einem im österreichischen Fernsehen gesendeten Bericht, wonach der Pfaffenhofener Bunker Vorbild des für Saddam Hussein errichteten Gebäudes sein soll. Die ganze Aktion stellte sich schließlich als zweifelhafter Werbegag heraus, der die Fernmeldeanlage nochmals in die Schlagzeilen brachte.

Solarnutzung, horizontales Gewerbe oder Tauchstation?

Vielfältige Nutzungsprojekte für das Gelände werden diskutiert

Der oberirdische Verwaltungsbau der Fernmeldebunkeranlage fand bald neue „Mietler“. Insgesamt 24 Vereine, aber auch mehrere Musikgruppen fanden im oberirdischen Gebäude eine dauerhafte Unterkunft für ihre Vereinsarchive, für Lager- oder auch Proben- und Aufenthaltsräume. Als schwieriger erwies sich die Problematik einer künftigen Nutzung des unterirdischen Bunkers.

Im Rahmen eines regenerativen Energiekonzepts erwog man im Jahr 1999 die Verwendung des leerstehenden Fernmeldebunkers für ein Projekt zur saisonalen Wärme-

speicherung oder im Rahmen eines solaren Nahwärmekonzepts. Auch die um die Jahrtausendwende heiß diskutierte Stadthalle oder die Einrichtung eines „Puffs in PAF“ wurden mit dem Bunkerareal in Verbindung gebracht.

Die verwinkelten Gänge und Räume boten darüber hinaus einigen Vereinen weitere Übungsmöglichkeiten. Im Herbst 2000 lief bei der Stadt ein Antrag des Bayerischen Landestauchverbandes ein, im Bunker ein „Bayerisches Bunkertauchzentrum“ einrichten zu dürfen. Der „Tauchclub Marlin“ hielt mehrmals Übungskurse im Tauchen ab. Auch die Freiwillige Feuerwehr Pfaffenhofen, aus deren Mitgliedern ausgewählte Personen ab den 1980er Jahren aus Brandschutzgründen den Bunker hatten betreten dürfen, und der Ortsverband Pfaffenhofen des Bayerischen Roten Kreuzes hielten dort Übungen ab, um ihre Einsatzkräfte unter ungewöhnlichen Bedingungen weiter zu qualifizieren.

Ein spektakuläres Filmprojekt setzte die Stadtjugendpflege unter dem Titel „Koller“ um. Der Pfaffenhofener Manfred Hahl schließlich erhielt die Erlaubnis, im August 2007 einige Tage im Bunker zu wohnen und ihn als „think tank“ zu nutzen, um seine Erfahrungen in Wort und Bild festzuhalten.

Manfred Hahl

Projekt: Kunst im Bunker

„Insgesamt vier Tage und Nächte verbrachte ich im Rahmen eines Kunstprojektes im Fernmeldebunker am Heimgartenweg. Dass das jetzt schon sieben Jahre her ist, ist schwer zu glauben. Damals ging ich in den Bunker, um künstlerisch tätig zu sein, Inspiration zu sammeln und einmal nicht erreichbar zu sein. Im Raum 10, dem ehemaligen Fernschreiberraum, befand sich das Atelier und es entstanden während dieser Zeit ca. 70 Arbeiten, die anschließend im Rathausfoyer ausgestellt wurden. Kunst entsteht meiner Meinung nach als ein Prozess der Befreiung von Fremdbestimmung. Bei der Wahl der Formen, Farben und Motive gibt es keine Regeln und Vorschriften. Alles ist richtig. Genau das setzte ich in meiner Bunkerkunst um – nach kurzer Zeit flossen die Formen der im Bunker verlegten Kabel und Geräte mit in die Entstehung der Kunstwerke ein. Doch der Fernmeldebunker ist nicht nur ein Ort für Inspiration und Muse. Es ist wichtig, ihn der Öffentlichkeit zugänglich zu machen und allen die Möglichkeit zu geben, sich über den Kalten Krieg und dessen Ausmaße zu informieren.“

Fabian Stahl

Präsident des Vereins „Lebendige Innenstadt e.V.“ und
Mitbegründer der „Gäste- und Tourismusinitiative Pfaffenhofen“
(GuTiP)

„Die Öffnung des Fernmeldebunkers am Heimgartenweg ist zum einen von historischer Bedeutung, zum anderen auch eine Bereicherung des touristischen Angebots der Stadt Pfaffenhofen. Im Jahr 2012 organisierte der Verein „Lebendige Innenstadt“ eine Führung durch den Bunker im kleinen Rahmen. Schon damals kam die Idee auf, regelmäßige Bunkerführungen anzubieten. Auch bei der Planungswerkstatt zur Stadtentwicklung, dem Großen Mitmischen im Jahr 2012, wurde unter anderem die Eröffnung des Bunkers als Verbesserung von Angeboten in Tourismus und Freizeit ange-regt. Es ist schön, dass die damals angeregten Dinge umgesetzt werden und Pfaffenhofen weiter in Bewegung ist. Ich persönlich freue mich auf die Bunkerführungen und bin gespannt, was uns unter der Erde erwarten wird.“

Neues Leben auf der Anlage: Der InterKulturGarten



Das Logo des „InterKulturGarten“ vermittelt die
Grundanliegen des 2012 initiierten Projekts.

Die im Herbst 2012 gebildete Gestaltungsgemeinschaft InterKulturGarten Pfaffenhofen an der Ilm entwickelte ein für alle Kulturen offen stehendes Projekt zur Gestaltung des InterKulturGartens auf dem Terrain der ehemaligen Fernmeldeanlage. Vorgesehen ist die Vergabe verschiedener Parzellen auf dem Gelände an einzelne Personen oder Gruppen, die ihre zugewiesene Fläche bewirtschaften. Der Ertrag kann für die eigene Nutzung verwendet werden, es besteht aber auch die Möglichkeit, die Ernte

der Öffentlichkeit anzubieten. Ein weiterer Ansatz ist die Umsetzung von Kunstprojekten auf dem Gelände.

Mit dem Beginn der ersten Aktionen im Jahr 2013 erfolgte zugleich der Auftakt für ein langfristiges Projekt. Unter dem Leitmotiv der Gartenschau „Natur in Pfaffenhofen a. d. Ilm 2017“ soll im InterKulturGarten ein Gestaltungsprojekt von Bürgern und Bürgerinnen geschaffen werden, das stets neuen Ideen und Mitmachern offensteht.



Erste offizielle Pflanzung im InterKulturGarten Pfaffenhofen a. d. Ilm am 22. Juni 2013 mit (von links) Carmen Pietsch, Walter Karl, Geschäftsführer „Natur in Pfaffenhofen a. d. Ilm 2017 GmbH“, Manfred „Mensch“ Mayer und Birgit Kögler bei ihrer Eröffnungsansprache. Der Korbiniansapfelbaum, benannt nach dem „Apfelfarrer“ Korbinian Aigner (1885-1966), wartet auf das Einsetzen.

Bildnachweis

Blum, Johann 48o

Buhn, Nikolaus 54

Bunkerfreunde München e.V. 24li, 26mi, 26u, 38u, 40o, 40mi, 41o, 45

Familie Haschner 23

Pfaffenhofener Kurier, Bildarchiv 14u, 49

Sauer, Andreas 11, 17o, 19u, 22, 25, 27, 29, 30o, 31u, 32u, 33{2}, 35o, 36{2}, 37{2},
38o, 39u, 41u, 42{2}, 43, 44u

Stadtarchiv Pfaffenhofen a. d. Ilm 13, 14o, 16, 17u, 18, 21, 28o

Steinbüchler, Elisabeth 19o, 20{4}, 28u

Thalmeier, Erika 48u

Vorbei e.V. Wennigsen 8, 24re, 26o, 30u, 31o, 32o, 34, 35u, 39o, 40u, 44o

Zeitzeugen

Johann Blum, Maschinenmeister

Siegfried Hebensperger, 1972 bis 1987 Leiter der „Grundnetzschaft-
und Vermittlungsstelle GSVBw66“

Hans Prechter, Altbürgermeister

Erika Thalmeier, Mitarbeiterin in der Fernsprechabteilung





mitwissen. mitreden. mitgestalten.

pafunddu.de

und im neuen Bürgermagazin

Das Bürger- und Mitmachportal.
Informationen von Vereinen, Organisationen und
der Stadt aus erster Hand.

Neues zu den Themen Bürgerservice, Verkehr,
Sport und Freizeit, Kultur, Soziales und Bildung ...

Immer mit dem aktuellen Veranstaltungskalender.



www.pafunddu.de

mitwissen . mitreden . mitgestalten



BÜRGERENGAGEMENT IN PFAFFENHOFEN



PFAFFENHOFEN A. D. ILM
Guter Boden für große Vorhaben